

**Staatliches Amt  
für Umwelt und Natur  
Schwerin**



**MECKLENBURG-VORPOMMERN**

**Jahresbericht 2005**



**MECKLENBURG-VORPOMMERN**

Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin



## Vorwort

*Ein Rauch verweht,/ Ein Wasser verrinnt,/ Eine Zeit vergeht,/ Eine neue beginnt.*

*Joachim Ringelnatz*

Das Jahr 2005 neigt sich seinem Ende entgegen – und wieder fragt sich jeder, wo die Zeit geblieben ist.

Auch dieses Jahr wurde – wie die vorhergehenden – geprägt von der Diskussion um Funktionalreform, Verwaltungsmodernisierung und Stellenabbau. Nach dem derzeitigen Stand sollen die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur 2009 aufgelöst und, nachdem wesentliche Aufgaben per Kommunalisierung an die Kreise und kreisfreien Städte übertragen worden sind, in Außenstellen des Landesamtes umgewandelt werden.

Die Regelaufgaben, die bis 2009 sowie nach 2009 zu definieren sind, finden ihren Niederschlag im ersten Schritt zur Umsetzung des Personalkonzeptes, der Erstellung des sogenannten Kernstellenplanes, der für die StÄUN zur Zeit im Entwurf vorliegt und Anfang 2006 mit dem Finanzministerium abzustimmen ist. Diese Vorgehensweise liegt sowohl im Interesse der Dienststellen als auch der Beschäftigten, da somit die Möglichkeit einer rechtzeitigen Orientierung geschaffen wird.

Mitte des Jahres erreichte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Hiobsbotschaft, dass das Amtsgebäude eine Belastung durch Asbest aufweist. Der Befund war bei einer Routinekontrolle im Zusammenhang mit den zunehmenden Undichtigkeiten im Fensterbereich der Westseite des Gebäudes entdeckt worden und führt nach den einschlägigen Vorschriften 2006 zum Umzug in ein neues Domizil, das aller Wahrscheinlichkeit am Bleicher Ufer in Schwerin liegen wird.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die trotz widriger Umstände ihre Aufgaben in gewohnt souveräner Art gemeistert haben.

Ich danke allen, die uns als Partner in guter Zusammenarbeit im Jahre 2005 begleitet haben und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das kommende Jahr.

Ihr

  
Hans-Jürgen Engel  
Amtsleiter

## **Inhalt**

Vorwort	2
Zuständigkeitsbereich	4
Abteilung 1 Allgemeine Abteilung	5
Abteilung 2 Naturschutz und Landschaftspflege	15
Abteilung 3 Wasser und Boden	23
Abteilung 4 Immissions- und Klimaschutz, Abfall und Kreislaufwirtschaft	58

## Anhang

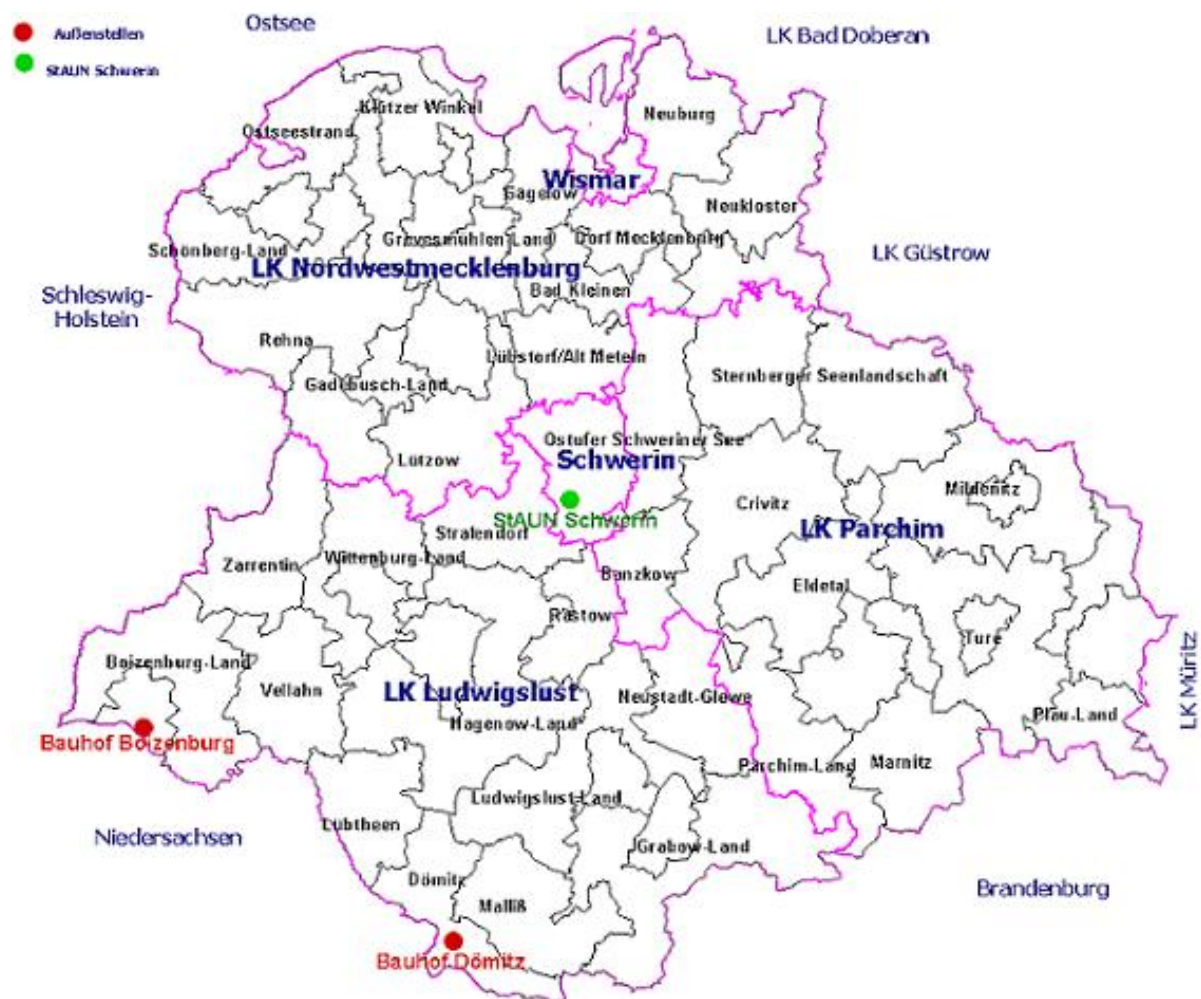
Organisationsplan	76
StAUN im Spiegel der Presse	CD

Impressum: V.i.S.d.P. Hansjürgen Engel  
Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin  
Pampower Straße 66  
19061 Schwerin  
Tel.: 0385 / 6433 - 0  
Fax.: 0385 / 6433 - 603  
e-mail: [poststelle@staunsn.mv-regierung.de](mailto:poststelle@staunsn.mv-regierung.de)  
[www.mv-regierung.de/staeun/schwerin/](http://www.mv-regierung.de/staeun/schwerin/)

## Amtsbereich StAUN Schwerin

Der Zuständigkeitsbereich umfasst die Landkreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust und Parchim, die kreisfreien Städte Schwerin und Wismar, 26 Ämtern mit 256 Gemeinden sowie 8 amtsfreie Gemeinden auf einer Gesamtfläche von 6.997 km<sup>2</sup>. Die Nord-Süd-Ausdehnung beträgt ca. 104,7 km und die Ost-West-Ausdehnung ca. 113,2 km. In diesem Gebiet leben rund 495.510 Einwohner.

Das Amt hat seinen Sitz auf der landeseigenen Liegenschaft in der Pampower Straße 66, in Schwerin – Süd. Die von der Abteilung Wasser und Boden betriebenen Bauhöfe befinden sich in Boizenburg und Dömitz.



## 1. Allgemeine Abteilung

### 1.1 Allgemeine Angaben

Anlässlich der in diesem Jahr geplanten Sanierungsarbeiten am Dienstgebäude, in dem es wegen undichter Fensterfronten bei Niederschlägen regelmäßig zu einer Vernässung der Innenräume kam, wurde festgestellt, dass die Blindelemente der Fenster raumseitig mit asbesthaltigen Leichtbauplatten „Sokalit“ verkleidet sind. Die Begutachtung nach der „Richtlinie für die Bewertung und Sanierung schwach gebundener Asbestprodukte in Gebäuden“ (Asbestrichtlinie) ergab, dass bei 61 von 126 Diensträumen hinsichtlich der Sanierungsdringlichkeit die Dringlichkeitsstufe I besteht. Eine konkrete Gesundheitsgefahr wurde durch das Amt für Arbeitsschutz und technische Sicherheit (AfAtS) zwar ausgeschlossen, aufgrund der starken Verwitterung des Dienstgebäude durch die undichte Fensterfront, wurden jedoch Sanierungsmaßnahmen bzw. ein Auszug aus dem Dienstgebäude bis zum Jahresende vom AfAtS für notwendig erachtet. Da die Sanierung des Gebäudes auch im Hinblick auf mehrere freistehende Verwaltungsgebäude in Schwerin wirtschaftlich nicht sinnvoll ist, wird das Amt zu Beginn des Jahres 2006 ein neues Dienstgebäude beziehen.

Aufgrund der Veränderung der Personalstruktur der Abteilung 1 wurde auch die Dezernatsstruktur geändert. Es sind nunmehr insgesamt 18 Mitarbeiter beschäftigt, und zwar im Dezernat 100 (innerer Dienst, Organisation, KLR) 7 Mitarbeiter, im Dezernat 110 (Personal, Haushalt, Fördermittelangelegenheiten) 6 Mitarbeiter und im Dezernat 120 (Justitiariat, Liegenschaften, Öffentlichkeitsarbeit und Amtsstellungnahmen) 5 Mitarbeiter.

Auch in der neuen Zusammensetzung versteht sich die Allgemeine Abteilung als Querschnitts- und Dienstleistungsbereich für die Fachabteilungen des Hauses. Von Mitarbeitern der Abteilung werden neben den originären Aufgaben auch die Aufgaben

- der Haushaltsbeauftragten,
- der Sicherheitsbeauftragten,
- der Gleichstellungsbeauftragten,
- der Geheimschutzbeauftragten und
- der Korruptionsbeauftragten.

Neben der innerbetrieblichen Verwaltung des Hauptsitzes des Amtes in Schwerin, Pampower Straße, sind zur Zeit noch Liegenschaften in:

- Schwerin, Ziegelsee (Bootshaus),
- Boizenburg,
- Dömitz und
- Farpen

sowie weitere landeseigene Liegenschaften zu verwalten.





Sitz des Amtes im Behördenkomplex Schwerin-Süd

## 1.2. Personal, Haushalt und Fördermittel

### 1.2.1. Personal

Die Personalstruktur im StAUN Schwerin stellt sich zum 31.12.2005 wie folgt dar:

	Insgesamt	Anteil in %	dar. Frauen	Anteil der Frauen in %
Beschäftigte	122	100,0	59	48,4
dar. Beamte	30	22,8	14	48,4
dar. Angestellte	73	61,0	38	52,0
dar. Arbeiter	6	4,4	-	-
dar. Auszubildende	13	11,8	7	62,5
dar. befristet Beschäftigte	9	7,4	4	44,4
dar. Teilzeitbeschäftigte	5	4,1	4	80,0
dar. Altersteilzeitbeschäftigte	4	3,3	1	25,0

## Altersstruktur

Alter	Jahrgänge	Anzahl	Anteil in %	dar. Frauen	Anteil in %
60-65	1940-1945	7	5,7	2	28,6
55-59	1946-1950	16	13,1	8	50,0
50-54	1951-1955	25	20,5	12	48,0
45-49	1956-1960	20	16,4	8	40,0
40-44	1961-1965	23	18,9	11	47,8
35-39	1966-1970	7	5,7	5	71,4
30-34	1971-1975	3	2,5	2	66,7
25-29	1976-1980	2	1,6	2	100,0
20-24	1981-1985	8	6,6	5	62,5
Unter 20	>1985	11	9,0	5	45,5
Gesamt		122	100,0	60	49,2

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Personalbestand um 14 Mitarbeiter reduziert. Einige davon schieden aus Altersgründen aus oder wurden an andere Dienststellen in der Landesverwaltung versetzt. Bei den Jüngeren vor allem war der Ablauf der Befristung ihrer Arbeitsverträge maßgebend.

Eine Analyse der Altersstruktur der Beschäftigten zeigt eine Überalterung des Amtes und das Problem der nicht nach zu besetzenden Dienstposten bei Ausscheiden von Mitarbeitern aufgrund ihres Eintritts in den Ruhestand bzw. in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Mehr als ein Drittel der Mitarbeiter sind 50 Jahre und älter. Bei den unter 20 Jahre alten Beschäftigten handelt es sich hauptsächlich um Auszubildende.

Zur weiteren Qualifizierung haben die Beschäftigten an 102 Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen.

### 1.2.2 Ausbildung Kauffrau / Kaufmann für Bürokommunikation

Im StAUN Schwerin wurden 2005 10 Auszubildende vom 1. bis zum 3. Ausbildungsjahr zur Kauffrau / zum Kaufmann für Bürokommunikation ausgebildet. Extern wurden 6 weitere Auszubildende des ehemaligen StAUN Lübz in anderen Betrieben betreut. Sechs Auszubildende beendeten im Sommer dieses Jahres ihre Ausbildung erfolgreich. Mit diesen Auszubildenden wurde ein befristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen.

Die Berufsbildpositionen kaufmännische Steuerung und Kontrolle, bereichsbezogenes Rechnungswesen sowie Sacharbeitsgebiete wurden in Praktikumbetrieben vermittelt.

Praktikumpartner waren das IBS, das BB-Reifencenter in Schwerin-Görries, die Zukunftswerkstatt Schwerin, das Steuerbüro Schmidt & Partner in Lübz, der Zeitungsverlag Schweriner Sonntagsblitz, das Amt Sternberger Seenlandschaft, das Landratsamt Waren an der Müritz, die Sparkasse Schwerin und das Steuerbüro Molkenthin & Hennings GmbH Steuerberatungsgesellschaft Schwerin.



Erstmals konnte einigen Auszubildenden ein Auslandspraktikum ermöglicht werden. Die Auszubildenden absolvierten einen Sprachkurs in der polnischen Sprache und erarbeiteten ein Rahmenprogramm für die Betreuung von Kindern aus sozial schwachen Familien. Die Aufgabenstellung umfasste die Planung und Durchführung der gesamten Aktivitäten, die Kostenplanung sowie die Materialbeschaffung. Die Kosten des Praktikums wurden von der deutschen Leonardo – Agentur getragen.

Bereiche des kaufmännischen Rechnungswesens und ausgewählte Themenbereiche der Zwischen- und Abschlussprüfung wurden zusätzlich in Form eines wöchentlich stattfindenden praxisbegleitenden Unterrichts mit dem zweiten und dritten Ausbildungsjahr im StAUN Schwerin durchgeführt.

### **1.2.3. Haushalt**

Das Haushaltsvolumen im Jahr 2005 beträgt bei den

Einnahmen	1.600.000 EUR und bei den
Ausgaben	12.500.000 EUR.

Einnahmen wurden erzielt durch Gebührenerhebungen, Ausgleichszahlungen, Auslagenerstattungen, Pachtzahlungen.

Ausgaben erfolgten u.a. für Maßnahmen des Küsten- und Hochwasserschutzes, für Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes, für Ausgleichszahlungen und sächliche Verwaltungsausgaben.

### **1.2.4. Fördermittelangelegenheiten**

Das Amt ist für nachfolgend aufgeführte 12 Förderprogramme die zuständige Bewilligungsbehörde und hat im Jahr 2005 für 127 Förderprojekte rund 7.520.000 EUR Fördergelder bewilligt.

Davon wurden allein im Bereich Siedlungswasserwirtschaft 4.540.000 EUR und im Bereich Wasserbau 1.484.000 EUR bewilligt.

#### Förderprogramme:

- Ökologische Schwerpunkte Lokaler Agenden
- Naturschutz im Dorfbereich
- Verbesserung von Söllen und Kleingewässern in der freien Landschaft
- Naturschutzgerechte Grünlandnutzung
- Extensive Ackernutzung im Bereich von Rastplatzzentren wandernder Vogelarten
- Förderung von Randstreifen an Feldhecken
- Maßnahmen des Biotop- und Artenschutzes
- Minderung von Ertragsausfällen
- Förderung wasserwirtschaftlicher Vorhaben
- Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung
- Untersuchung und Sanierung kommunaler Altablagerungen und Altstandorte
- Umweltverträgliche Beseitigung von Abfällen.

### 1.3 Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)

KLR - als Teil der Verwaltungsmodernisierung Herausforderung und Chance zugleich. Die KLR hat sich mittlerweile in Anfängen etabliert, ist es aber auch mit der Akzeptanz dieses Instrumentes zum Guten bestellt?

Auch wenn die wesentlichen Ziele der KLR

- Transparenz von Kosten und Leistungen durch Ermittlung der tatsächlichen Kosten je Produkt
- Gesteigertes Kostenbewusstsein durch die Darstellung der KLR-Ergebnisse in einem empfängerorientierten Berichtswesen
- Schaffung von Grundlagen für eine kostendeckende Gebührenkalkulation durch Transparenz von direkten und indirekten Kosten je Leistungseinheit
- Unterstützung bei einer bedarfsgerechten Haushaltsflexibilisierung durch eine ergebnisbezogene Darstellung der Ausgaben und Kosten
- Sicherstellung der fachlichen Kompatibilität zwischen KLR und Haushaltskostenrechnung durch Überführungsrechnung zwischen dem Haushalts- und KLR-System
- Planung, Steuerung, Kontrolle sowie Aufdeckung von Effizienzsteigerungspotenzialen durch kontinuierliches Controlling
- und Versachlichung von Entscheidungsprozessen durch Argumente auf der Basis wirtschaftlicher Daten

klar definiert wurden, bestehen auch nach zwei Jahren Pilotbetrieb immer noch Schwierigkeiten im Umgang mit dem Ziel und der Funktion einer KLR.

Die öffentliche Verwaltung muss sich als kostenbewusste Dienstleistungseinheit verstehen und Effizienz (Wirtschaftlichkeit) und Effektivität (Wirksamkeit) steigern. Ein Instrument ist das Controlling in Verbindung mit einem aussagefähigen Berichtswesen, das auf Kennzahlen und einer leistungsorientierten Kostenrechnung basiert. Im Rahmen der Intensivierung des Controllings und dem Aufbau eines geeigneten Berichtswesens ist es 2005 nicht gelungen, Zielvereinbarungen auf der Behördenebene abzuschließen und Kennzahlen zu definieren, die die Führungskultur und das Führungsverhalten weiterentwickeln und eine stärker an Zielen und Ergebnissen orientierte Arbeitsweise unterstützen.

Der Produktkatalog der landeseinheitlich definierten Leistungen Y- und Z-Produkte wurde überarbeitet. Mit den Änderungen soll eine effektivere Erfassung sowie korrektere Vergleichbarkeit mit anderen Behörden erreicht werden. Zusätzlich zu den landeseinheitlich festgelegten und neu definierten strukturellen Leistungen wurde für den Umweltbereich die produktive Leistungsart „Investive Maßnahmen“ eingerichtet. Neben den oben genannten Änderungen wurden auch die Produktkataloge der Fachabteilungen strukturell überarbeitet.

### 1.4 Technische Ausrüstung

Sämtliche Arbeitsplätze sind mit modernen Personalcomputern ausgerüstet, die mit dem Ressortbereich des Umweltministeriums vernetzt sind. Darüber hinaus sind in den Außenstellen 8 weitere PC-Arbeitsplätze, die teilweise über einen

Internetzugang verfügen. Durch das Rollout im Oktober dieses Jahres wurden 40 neue PC zur Verfügung gestellt, so dass kein Arbeitsplatzrechner weniger als 1500 MHz aufweist. Für die meisten Mitarbeiter wurden 17" TFT-Monitore bereitgestellt.

Auch für Praktikanten, Referendare und Auszubildende stehen leistungsmäßig ausreichende Computer mit Standardsoftware zur Verfügung.

Ein neuer File-Server mit 600 GB Festplattenkapazität für die Datenhaltung wurde in diesem Jahr in Betrieb genommen. Weiterhin stehen ein Exchange-Server, ein Geodaten-Server, ein Backup-Server, ein AbWAG-Server sowie ein Install-Server zur Verfügung. Die Stromversorgung der Server, sowie des Schaltschranks mit weiteren Netzwerkkomponenten, wird über eine USV gesichert.

Vier Kopierer als Leasinggeräte dienen gleichzeitig auch als Etagendrucker. Darüber hinaus stehen drei weitere Etagendrucker zur Verfügung sowie ein A0 - Plotter. Alle Mitarbeiter haben eine eigene E mail Adresse (z.B. Hans.Müller@staunsn.mv-regierung.de).

Ein unmittelbarer Zugang zum Internet steht jedem Mitarbeiter zur Verfügung. Die IT-Technik wird von einem zentral durch das Umweltministerium gebundenen Partner betreut.

Der Amtsbereich Boizenburg und Dömitz mit den Schaltzentralen Boizenburg und Dömitz verfügt über ein modernes Informations- und Schaltsystem zu den wasserwirtschaftlichen Anlagen.

Auch die Arbeitszeiterfassung wird über ein modernes elektronisches System realisiert.

## **1.5 Öffentlichkeitsarbeit**

### **1.5.1 Pressearbeit**

Zu den sonstigen umweltrelevanten und umweltpolitischen Aktivitäten des Amtes wurden zahlreiche Pressemitteilungen herausgegeben, die in der Regel in der lokalen Tagespresse veröffentlicht wurden. Hinsichtlich des Presseechos wird auf die Zusammenstellung im Anhang verwiesen.

### **1.5.2 Internetpräsentation**

Ständig aktualisierte Informationen und eine Übersicht über das Amt können im Internet unter [www.mv-regierung.de/staeun/schwerin](http://www.mv-regierung.de/staeun/schwerin) abgerufen werden.

Es besteht die Möglichkeit, Vordrucke zur Abwasserabgabe über das Internet abzurufen.

### 1.5.3 Ausstellungen

Das Amt bot auch im Jahr 2005 Künstlern wieder ein Forum, ihre Werke mit folgenden Ausstellungen zu präsentieren:

- Handzeichnungen und Drucke von Michael Uerckwitz, Schwerin
- wechselnde Fotoausstellung und die Ausstellung „Mitschriften“ mit unterschiedlichen Motiven von Wolfgang Wendland, Schwerin
- Fotoausstellung „Sommer in M-V“ von Jürgen Evert, Schwerin

Anfragen zur Nutzung der Ausstellungsflächen des Hauses können jederzeit an das StAUN Schwerin gerichtet werden.

Ansprechpartnerin: Catherine Zeiler  
E-mail: Catherine.Zeiler@staunsn-mv-regierung.de  
Tel.: 0385-6433-105

### 1.5.4 Publikationen

Folgende eigene Publikationen können beim Amt angefordert werden:

- Elbe – Hochwasser im August 2002 und Januar 2003
- Faltblatt LIFE - Projekt „Wiederherstellung der Flusslandschaft Sude-Schaale“,
- Broschüre zum Naturschutzgebiet Löcknitz-Tal und Elbtaldünen bei Klein Schmölen,
- Videofilm Fischadlerprojekt,
- Broschüre zum Videofilm Fischadlerprojekt am Rande der Landeshauptstadt Schwerin,
- Broschüre Hochwasserschutz Elbe,
- Hochwasserschutz Dömitz,
- Faltblatt Sturmflutschutz Dassow und
- Faltblatt Agenda-Büro.

### 1.5.5 Agenda 21-Büro

Nachdem das Agenda – Projektbüro zum 31.12.2002 geschlossen wurde, wird die Agenda – Aufgabe nunmehr von Frau Ziemann aus der Allgemeinen Abteilung im Rahmen der Förderung „Ökologische Schwerpunkte Lokaler Agenda“ mit wahrgenommen.

4 Maßnahmen mit einem Volumen von 72.200 €, teilweise kofinanziert durch die EU, wurden bewilligt. Fördermittel erhielten das Eine-Welt-Landesnetzwerk e. V. für das weltweite Wandmalprojekt Mural Global in Schwerin und Wismar, die Gemeinde Dechow für die Erarbeitung eines Zukunftsleitbildes, der FAL e. V. Ganzlin für die lange Nacht der Kultur an der Lehm- und Backsteinstraße und die Landeshauptstadt Schwerin für die Begrünung der Schweriner Straße im Stadtteil Wüstmark.

## 1.6 Rechtsangelegenheiten

Die Rechtsberatung der Beschäftigten bei der Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen stellt einen wesentlichen Schwerpunkt dar. Hinzu kommt die Erstellung der Widerspruchsbescheide sowie die Prozessführung vor den Verwaltungsgerichten.

Im Jahr 2005 wurde gegen 14 Verwaltungsentscheidungen Widerspruch eingelegt. Die Widersprüche richteten sich gegen naturschutzrechtliche und gegen wasserrechtliche Entscheidungen. Auch immissionsschutzrechtliche Entscheidungen bzw. deren Nebenbestimmungen wurden durch Widersprüche angefochten, wobei hier Drittwidersprüche gegen die Genehmigung einer mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage besondere Schwierigkeit aufwiesen.

Rechtsprobleme bei der Genehmigung von Windkraftanlagen / Windfarmen verzeichnen nicht mehr nur wegen der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 30.06.2004 eine stark steigende Tendenz. Hinzu kommen nun Rechtsstreitigkeiten, deren wahrer Hintergrund die Konkurrenz unter den Antragstellern ist.

Die rechtliche Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeit zwischen dem Amt und den kommunalen Behörden bei havariebedingten Bodenverunreinigungen stellt nach wie vor ein großes Problem dar. Eine klare Regelung zum Vollzug im Havariefall wurde noch nicht getroffen.

Der Vollzug des Zoogesetzes des Landes Mecklenburg – Vorpommern (Zoo G M-V) hat das Amt als zuständige Entscheidungsbehörde beschäftigt. Von 4 Mitarbeitern, denen die Umsetzung des ZooG M-V zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben übertragen worden ist, wurden 8 Gehegegenehmigungen erteilt. 3 Anträge wurden abgelehnt.

## 1.7 Amtsstellungnahmen

Als Träger öffentlicher Belange und als fachtechnische Behörde hatte das Amt zu 438 Vorhaben Stellungnahmen abzugeben. Diese Stellungnahmen fächern sich wie folgt auf:

<u>Beteiligungsverfahren (Stand 30.11.05)</u>	<u>Anzahl</u>
- Regionale Raumordnungsprogramme	3
- Raumordnungsverfahren	3
- Einzelbauvorhaben	163
- Flächennutzungspläne	50
- Bebauungspläne	138
- Vorhaben- und Erschließungspläne	2
- Außenbereichs-, Abrundungs- und sonstige Satzungen	33
- Rechtsetzungsverfahren	2
- Bodenordnungsverfahren	21
- Planfeststellungsverfahren	14
- Bergrechtliche Verfahren	9

## **1.8 Liegenschaftsverwaltung**

Der Abschluss von Kaufverträgen zum "Rückständigen Grunderwerb" (RGE) in den Gemarkungen Dömitz (Löcknitzumfluter) und der Gemarkung Gülze (Ringdeich Gülze) steht bevor.

In einigen Einzelfällen gestalten sich die Verhandlungen wegen der komplizierten Sach- und Rechtslage als schwierig.

Der RGE zum Elde-Rögnitz-Überleiter in den Gemarkungen Glaisin und Klein Krams kann teilweise durch das Bodenordnungsverfahren (BOV) Glaisin geregelt werden. Aus finanziellen Gründen wurde der RGE zum Seedeich Redewisch zurückgestellt. Ein weiteres Problem ist der RGE im Landkreis Parchim, der sich im ehemaligen Zuständigkeitsbereich des StAUN Lütz befand. Hierzu wurden die übergebenen Akten gesichtet und erste Verhandlungen mit Grundstückseigentümern geführt.

An der Zusammenlegung der Datenbanken vom StAUN und vom UM wird weiterhin gearbeitet. Die Datenbank im StAUN wird ständig aktualisiert durch neue VZO-Bescheide, Grundbuchauszüge und Fortführungsmitteilungen. Der Zeitpunkt des Abschlusses der Zusammenlegungen der Datenbanken ist noch nicht zu benennen, aber auch danach wird die Pflege der Datenbanken viel Zeit in Anspruch.

## **1.9 Arbeits- und Gesundheitsschutz 2005**

Im Jahr 2005 sind nachfolgende Schwerpunkte zum Arbeits- und Gesundheitsschutz bearbeitet worden:

- Regelmäßige Beratungen im Arbeitsschutzausschuss
- Zusammenarbeit mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit

### **1.9.1 Arbeitsplatzbeurteilung**

Die Beurteilung der Arbeitsplätze erfolgte nach den Kriterien:

- Gestaltung des Arbeitsplatzes
- Umgebung des Arbeitsplatzes
- zur Verfügung stehende Hardware

In persönlichen Gesprächen wurde den Beschäftigten Hilfestellung bei der Umgestaltung der Arbeitsplätze angeboten. Durch die Bereitstellung von Flachbildschirmen wurde bei allen Beschäftigten eine ergonomisch günstigere Gestaltung des Arbeitsplatzes erreicht. Entsprechend der Arbeitsstättenverordnung wurden Fragen des Brandschutzes und der allgemeinen räumlichen Bedingungen mit in die Beurteilung einbezogen.



### **1.9.2 Arbeitsschutzunterweisungen**

Gegenstand der Arbeitsschutzunterweisungen 2005 war die Überprüfung von persönlicher Schutzausrüstung für Beschäftigte bei notwendigen Aufenthalten in Gefahrenbereichen.

An 8 Beschäftigte wurde eine Warnkleidung gem. der europäischen Norm DIN EN 471 sowie Rettungswesten für Arbeiten an und auf dem Wasser ausgegeben.

### **1.9.3 Zusammenarbeit mit dem Betriebsarzt**

Arbeitsmedizinische Untersuchungen und Schutzimpfungen

45 Beschäftigte nahmen an den Schutzimpfungen teil. Insgesamt ist die Betreuung und Zusammenarbeit positiv zu bewerten.

### **1.9.4 Zusammenarbeit im Rahmen des Arbeitsschutzgesetzes**

Sanierungsbedarf

Aus dem Ergebnisbericht zur „Bewertung der Sanierungsdringlichkeit“ des Dienstgebäudes Pampower Straße 66 geht hervor, dass für 61 der untersuchten Räume die Dringlichkeitsstufe I und somit unverzüglicher Sanierungsbedarf besteht. Nach übereinstimmender Festlegung des Amtes für Arbeitsschutz und technische Sicherheit, der Unfallkasse und dem Betriebsarzt ist die Liegenschaft Pampower Straße 66 kurzfristig freizuräumen.

## 2. Abteilung Naturschutz und Landschaftspflege

### 2.1 Allgemeine Angaben

Die Abteilung Naturschutz und Landschaftspflege nimmt für das StAUN Schwerin die Belange einer Fachbehörde für Naturschutz gemäß § 56 Landesnaturschutzgesetz M-V wahr. Dazu zählen als Hauptaufgaben:

- die Verwaltung und naturschutzfachliche Betreuung von Naturschutzgebieten,
- naturschutzrechtliche Entscheidungen im Bereich der Küstengewässer,
- Stellungnahmen zu verschiedenen raumbedeutsamen Fachplanungen wie Flächennutzungspläne und Raumordnungsverfahren sowie
- die Vergabe und Kontrolle der Verwendung von Fördermitteln des Landes sowie der EU für Naturschutzzwecke.

Die Abteilung Naturschutz ist dabei fachlich verantwortlich für 6 Förderrichtlinien des Landes: Sollschutz, Vogelrastplatz, Feldhecken-Randstreifen, Naturverbundenes Dorf, Naturschutzgerechte Grünlandnutzung, Biotop- und Artenschutz.

Für die Förderung von Moorschutzprojekten nach der entsprechenden Richtlinie werden Aufgaben einer begleitenden regionalen Fachbehörde wahrgenommen.

Darüber hinaus wurden Mittel des Alleenfonds und des Fonds für Ausgleichszahlungen durch die Abteilung verwaltet und naturverbessernde Maßnahmen aus Mitteln des Fonds für Ausgleichszahlungen geplant und realisiert.

Das aus EU-Mitteln kofinanzierte LIFE-Projekt „Wiederherstellung der Flusslandschaft Sude-Schaale“ im Elbetal wurde aufgrund einer Klage gegen das Planfeststellungsverfahren nicht weitergeführt. Ein Teil der bisherigen Aufwendungen für dieses Projekt wurde von Seiten der EU-Kommission gefördert. Die Umsetzung wird erst nach erfolgreichem Verlauf des Planfeststellungsverfahrens fortgesetzt.

Zusätzliche Aufgaben: Das StAUN Schwerin wurde mit der Koordinierung der LSG-Ausweisung im Bereich des Schweriner Sees aufgrund der Umsetzung der EU-Vogelschutz-Richtlinie durch das Umweltministerium M-V betraut. Die Ausweisung war notwendig, da es sich bei dem Gebiet um ein sogenanntes faktisches Vogelschutzgebiet handelt, dass aufgrund seiner Brut- und Rastvogelzahlen als Vogelschutzgebiet auszuweisen ist. Die einzelnen Rechtsetzungsverfahren für die Landschaftsschutzgebiete wurden aufgrund ihrer Zuständigkeit von den unteren Naturschutzbehörden, der Landeshauptstadt Schwerin sowie den Landkreisen Nordwestmecklenburg und Parchim durchgeführt. Das neue EU-Vogelschutzgebiet wurde mit Kabinettsbeschluss vom 26. April 2005 an die EU-Kommission gemeldet.

Weiterhin wurden 2 Mitarbeiter durch das UM mit der Erstellung einer endgültigen Gebietskulisse für die Ausweisung von Vogelschutzgebieten in Mecklenburg-Vorpommern betraut. Die EU-Kommission hatte Ende 2003 auch das Land Mecklenburg-Vorpommern gemahnt, da es seiner Verpflichtung zur Meldung und Ausweisung geeigneter Vogelschutzgebiete auf Grundlage der EU-Vogelschutz-

Richtlinie (von 1979!) bisher nicht ausreichend nachgekommen war. Ein Vorschlag zur Ausweisung weiterer Vogelschutzgebiete wird durch eine Arbeitsgruppe, an der Mitarbeiter aller StÄUN, des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern (LUNG) und des Umweltministeriums M-V beteiligt sind, erarbeitet.

Darüber hinaus war die Fachabteilung in die Bearbeitung des Modell-Managementplanes „Wismarbucht“, die vom Umweltministerium M-V geleitet wird, einbezogen.

Mit dem 2. Erlass des Umweltministeriums M-V zur Umsetzung der FFH-Managementplanung vom 6. September 2005 wurden den Staatlichen Ämtern für Umwelt und Natur, den Nationalparkämtern und dem Amt für das Biosphärenreservat Schaalsee wesentliche Aufgaben für die Aufstellung und Umsetzung von FFH-Managementplänen übertragen.

### **2.1.1 Personal und Organisation**

Die Abteilung ist in drei Dezernate gegliedert:

Dezernat 200:

- Landschaftsplanung, Eingriffe  
(sechs Beschäftigte);

Dezernat 210:

- Arten- und Biotopschutz, Naturschutzgebiete  
(vier Beschäftigte);

Dezernat 220:

- Naturschutzgerechte Grünlandnutzung  
(vier Beschäftigte).

### **2.1.2 Technische Ausrüstung**

Die Abteilung verfügt über zwei Digitalkameras sowie über ein Notebook und einen Beamer für den mobilen Einsatz und für Präsentationszwecke.

Das Dezernat 220 verfügt darüber hinaus über ein Satellitennavigationsgerät (GPS).

### **2.1.3 Öffentlichkeitsarbeit**

Zu den öffentlichkeitswirksamen Tätigkeiten im Jahr 2005 gehörten die Bereitstellung von Daten aus dem LIN-FOS und von Gutachten, Karten und Fachliteratur insbesondere für Planungsbüros, sowie diverse Gespräche mit betroffenen Bürgern und Verbänden im Rahmen der Realisierung des o. g. LIFE-Projektes.

Mitarbeiter der Abteilung erarbeiteten in einer Projektgruppe „Wismarbucht“ zusammen mit den in dieser Region aktiven Wassersportvereinen vorläufige Verhaltensvorschläge zum Schutz des EU-Vogelschutzgebietes „Küstenlandschaft

Wismar-Bucht“. Eine freiwillige Vereinbarung zwischen Wassersportlern in der Wismarbucht, dem Landessportbund und Anglervereinen wurde vom Umweltminister am 15. Juli 2005 unterzeichnet.

Zum 12. Mal wurde am Jahresende eine Informationsveranstaltung für die innerhalb des Amtsgebietes tätigen ehrenamtlichen Naturschutzmitarbeiter/innen organisiert. Darüber hinaus wurde am 16. und 17. März 2005 eine gesonderte Zusammenkunft aller NSG-Betreuer des Amtsgebietes organisiert, bei der konkrete Aufgaben und Probleme der Schutzgebietsbetreuung diskutiert wurden.

Für zwei NSG („Küstenlandschaft zwischen Priwall und Barendorf mit Harkenbäkniederung“ und „Dambecker Seen“) wurde ein Faltblatt entworfen und jeweils eine Info-Tafel gestaltet. Weiterhin wurde ein Faltblatt über Naturschutzgebiete im Warnowgebiet (Landkreis Parchim) erarbeitet und während der 3. Warnowtage vom 05.-06.11.05 auf einem Info-Stand verteilt. (siehe auch Publikationsliste des UM: [http://www.um.mv-regierung.de/frame\\_public.htm](http://www.um.mv-regierung.de/frame_public.htm) ).

Zusammen mit der Naturparkverwaltung Mecklenburgisches Elbetal wurde am 29.09.05 vom Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Prof. Dr. Methling und vom Landrat des Landkreises Ludwigslust, Herrn Christiansen, ein Dünen-Lehrpfad im Naturschutzgebiet „Elbtaldünen bei Klein Schmölen“ eingeweiht. Dazu erschienen mehrere Beiträge in verschiedenen Zeitungen. Der Lehrpfad ist eine besondere Form der Umweltbildungsarbeit und soll den Schulen und dem Tourismus zugute kommen. Auf 12 Tafeln entlang eines 1,6 km langen Weges über die Hauptdüne (Turmberg) werden in interessanter Form Informationen zur Entstehung, Entwicklung, Nutzung und zur besonderen Tier- und Pflanzenwelt sowie dem europäischen Schutzstatus als FFH- und EU-Vogelschutzgebiet veranschaulicht.



Dünen-Lehrpfaderöffnung: V.l.n.r.: Eckhard Steffen (Leiter Naturpark Mecklenburgisches Elbetal), Prof. Dr. Wolfgang Methling (Umweltminister M-V), Rolf Christiansen (Landrat Landkreis Ludwigslust), Hansjürgen Engel (Leiter StAUN Schwerin).

Im Naturschutzgebiet „Küstenlandschaft zwischen Priwall und Barendorf mit Harkenbäkniederung“ wurden 3 Informationstafeln zu diesem Schutzgebiet aufgestellt. Hintergrund ist vor allem, dass durch diese Informationen mehr Verständnis bei den Erholungssuchenden und Touristen für die eingeschränkte Nutzbarkeit des Schutzgebietes erreicht werden kann.

#### 2.1.4 Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit der Allgemeinen Abteilung bezieht sich vorwiegend auf die Beteiligung im Rahmen der Stellungnahmen des Hauses als Träger öffentlicher Belange, die rechtliche Unterstützung bei der Erarbeitung von Verwaltungsvorgängen sowie die Unterstützung im Rahmen der EDV-mäßigen Erfassung und Verwaltung von Vertragsdaten des Förderprogrammes zur naturschutzgerechten Grünlandnutzung.

In der Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen des Hauses sind die vorrangig durch diese vorzubereitenden Entscheidungen vielfach naturschutzrechtlich zu beurteilen oder zu begleiten. Dabei geht es aus der Sicht der Abteilung Naturschutz insbesondere um:

Hinweise zur Betroffenheit der originären Zuständigkeiten (Naturschutzgebiete, Eingriffsvorhaben im Küstenbereich und Fördermaßnahmen des Naturschutzes), Entscheidungshilfen sowie naturschutzfachliche und –rechtliche Hinweise für die Genehmigungsbehörden zum Umgang mit EU-Vogelschutz- und FFH-Gebieten, Alleen und besonders geschützten Biotopen.

#### 2.2.1 Arbeitsergebnisse 2005

Dezernat 200:

- Stellungnahmen zu:

Raumordnungsverfahren	11
Planfeststellungsverfahren	42
Umweltverträglichkeitsprüfungen	83
FFH – Vorprüfung	146
Bauleitplanungen (F-Pläne 52; B-Pläne 182)	234
sonstige Fachstellungnahmen	268
Genehmigungen im Küstengewässer	18
Sondernutzungen am Strand	8

- Mittel des Alleenfonds gesamt:

Einnahmen in 2005:	12.842,39 €
Ausgaben in 2005:	162.111,88 €

- Ausgleichsgeldmittel:

Bis zum 31.12.05 entstehen Ausgaben in Höhe von ca. 700.000,00 €. Folgende Maßnahmen/Planungen wurden im Jahr 2005 durch den Ausgleichstitel des StAUN Schwerin finanziert (auszugsweise):

#### LK LWL

- Renaturierung der Dörchfohrtsbek (Restarbeiten)
- Herstellung eines Amphibientunnel an der B 191 bei Dömitz (Restarbeiten)
- Renaturierung der Schilde und Herstellung eines Otterdurchlasses
- Endherstellung einer Heckenpflanzung bei Leisterförde
- Wehr Woosmer / Rögnitz und angrenzendes Fließgewässer (Mallißer Abzugsgraben und Graben 13, Erstellung von Unterlagen und Teilrealisierung)
- Naturnaher Gewässerausbau bei Karenz
- Entrohrung des Floßgraben bei Kaliß
- Renaturierung der Alte Elde
- Erarbeitung von Vorplanungsunterlagen der Fischaufstiegshilfen an der Müritz-Elde-Wasserstrasse
- Naturnaher Gewässerausbau der Oberen Tarnitz
- Naturnaher Gewässerausbau des Kremminer Grabens
- Projektbeschreibung Länderübergreifende Weidelandschaft

#### LK NWM

- Biotopschutzmaßnahmen am Santower See
- Hecke in Groß Schwansee (Pflegearbeiten)
- Umbau von einem Trafohaus im Landkreis

#### LK PCH

- Herrichtung des Hudewaldes bei Greven
- Wiedervernässung des Moores bei Tramm
- Wiedervernässung einer Fläche bei Basthorst
- Effizienzkontrolle Wehr Rothen
- Anlage einer Hecke bei Schlemmin
- Herstellung der Durchgängigkeit des Brühler Baches (Teilmaßnahme)

### **LIFE-Projekt „Wiederherstellung der Flusslandschaft Sude-Schaale“**

Mit dem von der Europäischen Kommission und dem Land Mecklenburg-Vorpommern geförderten LIFE-Projekt „Wiederherstellung der Flusslandschaft Sude - Schaale“ wird das zentrale Ziel der naturnahen Umgestaltung eines Flutpolders im Mündungsbereich der Schaale in die Sude verfolgt. Zur Umsetzung des Planes



wurde ein wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren durchgeführt. Der Plan wurde entsprechend dem Antrag, jedoch mit Nebenbestimmungen, am 20. Dezember 2004 vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern als zuständige Planfeststellungsbehörde festgestellt. Mit Datum vom 16. Februar 2005 wurde eine Gemeinschaftsklage beim Verwaltungsgericht Schwerin gegen den Planfeststellungsbeschluss eingereicht. Die Klage wurde am 08. August 2005 begründet. Derzeit ist nicht abzusehen, wann es zu einer gerichtlichen Entscheidung kommt. zurzeit wird die Erwiderung der Klagebegründung erarbeitet.

Somit besteht zurzeit kein Baurecht und eine Umsetzung des Planes innerhalb der von der Europäischen Kommission bewilligten Projektlaufzeit (bis 30. Juni 2005) war nicht mehr möglich. Die Umsetzung der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen zur naturschutzgerechten Entwicklung dieses Polders kann erst nach positivem richterlichem Beschluss fortgeführt werden.

### **380 kV-Freileitung von Hamburg (Krümmel) nach Schwerin Görries)**

Das seit April 2005 laufende Raumordnungsverfahren für den mecklenburgischen Teil der von der VATTEN-FALL EUROPE TRANSMISSION geplanten 380 kV-Verbindung von Hamburg nach Schwerin wurde für einige Monate ausgesetzt und am 20. Oktober 2005 wieder aufgenommen. Nach der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit erfolgte am 3. November 2005 im Rathaus der Stadt Wittenburg eine Erörterungsberatung. Derzeit werden im Bereich der Ortslage Waschow zwei kleinräumige Alternativen untersucht, da die aus der Umweltverträglichkeitsstudie hervorgegangene Vorzugsvariante von der Gemeinde abgelehnt wird. Das Raumordnungsverfahren soll im Dezember 2005/ Januar 2006 abgeschlossen werden.

Dezernat 210:

Stand: 09.11.05

Anzahl der betreuten NSG	84
Fläche (ha)	15.167
NSG-Vorgänge gesamt	320
davon NSG-Genehmigungsverfahren	51
Gutachten, Maßnahmen in NSG: Anzahl:	46
Summe (T€)	49,6
Aufwandsentschädigungen für ehrenamtl. Naturschützer:	
Σ Aufträge:	38,0
Σ HHM (T€)	3,9
Fachstellungnahmen	66

Förderanträge/Fördermittel:

- a) Biotop- und Artenschutz:  
15 Bewilligungen, Gesamtsumme: ca. 40,2 T€
- b) Ertragsausfälle für Schäden durch geschützte Großvogelarten:  
5 Anträge, 4 Bewilligungen, Gesamtsumme ca. 10 T€
- c) FöRi Moorschutz:  
Betreuung von 7 durch das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG) M-V bewilligte Projekten

Dezernat 220

Alle EU kofinanzierten Förderprogramme im Naturschutz, für die unser Amt die örtlich zuständige Bewilligungsbehörde ist (Landkreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust und Parchim sowie die kreisfreien Städte Wismar und Schwerin) werden seit 2003 federführend im Dezernat 220 fachlich betreut und durch das Dezernat 110 haushalts- bzw. verwaltungstechnisch abgewickelt.

Einer von fünf Mitarbeitern des Dezernats wurde im Sommer in das Dezernat 210 versetzt, um den dort eingetretenen Personalabgang auszugleichen. Die Antragsprüfung für die Förderprogramme „Naturschutzgerechte Grünlandnutzung“, „Naturverbundenes Dorf“ und „Sölle“ wird seitdem vom Dezernat 110 wahrgenommen. Darüber hinaus fertigt das Dezernat 110 die Bewilligungsbescheide für die Programme „Naturverbundenes Dorf“ und „Sölle“ nach entsprechender fachlicher Zuarbeit durch die Mitarbeiter dieses Dezernates.

Durch die landesweite Umstellung im Landwirtschaftsbereich vom Kataster- auf das luftbildgestützte Feldblocksystem, die damit verbundene Neueinführung von EDV-Programmen bzw. -Modulen zur computergestützten Zuordnung von Vertragsflächen und zur computergestützten Auszahlung der Fördermittel für die naturschutzgerechte Grünlandnutzung ergaben sich in diesem Jahr erneut ganzjährig hohe Arbeitsbelastungen für alle beteiligten Mitarbeiter. So mussten beispielsweise für alle 294 Vertragspartner die bisherigen Flurstücke den neuen Feldblöcken und Parzellen zugeordnet, anschließend die Feldblock- und Parzellen-Nummern elektronisch erfasst und alle bestehenden 491 Verträge geändert werden. Dieser Prozess zog sich, bedingt durch die teilweise unzureichende Mitarbeit einzelner Landwirte, von Januar bis September hin.

Damit die Auszahlung der Fördergelder zum 30. November 2005 ordnungsgemäß und termingerecht vorbereitet werden konnte, mussten zwischen August und November die voneinander abweichenden Feldblock- und Parzellen-Angaben der Landwirte bei den Ämtern für Landwirtschaft und im StAUN Schwerin überprüft und korrigiert werden.

In den Monaten August und September 2005 standen zusätzlich Betriebsprüfungen und GPS-Vermessungen bei 19 Landwirtschaftsbetrieben an. In diesem Zusammenhang wurden über 570 ha Grünlandfläche vermessen.

Aufgrund von Flächenabweichungen im Zuge der Feldblockumstellung und der Betriebsprüfungen kam es in 73 Fällen zu Rückforderungen. Davon lagen ca. 75 % der Rückforderungsbeträge unterhalb der EU-Bagatellgrenze von 100,- €. Da das Landeshaushaltsrecht bisher nicht an die EU-Norm angepasst wurde, mussten aber auch Beträge unter 100,- €, d.h. zwischen 5,- € und 100,- €, zurück gefordert werden. Alle Rückforderungen wurden aufwändig über zwei EDV-Programme erfasst und mit den entsprechenden manuell erstellten Annahmeanordnungen und Rückforderungsbescheiden versehen.

Neben der Förderung der „Naturschutzgerechten Grünlandnutzung“ wurden insgesamt 14 Projekte in den Förderprogrammen „Naturverbundenes Dorf“ und „Sölle gefördert. Hier die konkreten Zahlen:

#### Förderprogramm

##### „Naturschutzgerechte Grünlandnutzung“

- Zahl der eingegangenen Anträge bis 15.Mai 2005:	95
- Zahl der abgeschlossenen Verträge:	45
- Zahl der insgesamt betreuten Verträge:	491
- Fördersumme gesamt (€/Jahr):	ca. 2,95 Mio.

#### Förderprogramm

##### „Feldhecken-Randstreifen“

- Zahl der eingegangenen Anträge bis 15.Mai 2005:	0
- Zahl der abgeschlossenen Verträge:	0
- Zahl der insgesamt betreuten Verträge:	1
- Fördersumme gesamt (€/Jahr):	ca. 670

#### Förderprogramm

##### „Vogelrastplatz“

- Zahl der eingegangenen Anträge bis 31.01. bzw. 15.06.2005 :	1
- Zahl der abgeschlossenen Verträge:	1
- Zahl der insgesamt betreuten Verträge:	7
- Fördersumme gesamt (€/Jahr):	ca. 92.730

#### Förderprogramm

##### „Naturverbundenes Dorf“

- Zahl der eingegangenen Anträge bis 31.12.2004:	57
- Zahl der Bewilligungen:	10

Höhe der Bewilligungen (€):	ca. 176.826
-----------------------------	-------------

### 3. Abteilung Wasser und Boden

#### 3.1 Allgemeine Angaben

Die Aufgaben der Abteilung Wasser und Boden beziehen sich auf folgende Schwerpunkte:

- die Gewässeraufsicht und den Vollzug der Wassergesetze,
- den Vollzug des Abwasserabgabengesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz Mecklenburg-Vorpommern,
- die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie,
- die Verwaltung der Gewässer erster Ordnung und den Hochwasserschutz im Bereich der Elbe und der Ostsee,
- die fachtechnische Begleitung des nichtstaatlichen Wasserbaus an Gewässern 2. Ordnung einschließlich der Förderung, insbesondere des naturnahen Gewässerausbaus, durch Landes- bzw. EU-Mittel
- die Siedlungswasserwirtschaft mit den Bereichen Trinkwasser und Abwasser und deren Förderung durch Landes- bzw. EU-Mittel,
- den Landesmessdienst mit der Erfassung und Auswertung gewässerkundlicher Daten einschließlich der Gewässerbeschaffenheit und den
- Bodenschutz und die Freistellung von der Altlastenhaftung.

In zunehmendem Maße sind die Umsetzung internationaler Abkommen und das EU-Recht bei der Erfüllung originärer Aufgaben zu berücksichtigen, d. h. die Anforderungen an die Beschäftigten nehmen an Quantität und Qualität in erheblichem Maße zu.

#### 3.1.1 Personal und Organisation

Die Abteilung ist wie folgt in fünf Dezernate mit insgesamt 54 Beschäftigten gegliedert:

- Geschäftsbereich AL 3/Dez. 300 – Allgemeine Angelegenheiten, übergreifende wasserwirtschaftliche Planungen (sieben Beschäftigte),
- Dezernat 310 – Gewässeraufsicht, Wasserbehördlicher Vollzug, Bodenschutz und Altlasten (zehn Beschäftigte),
- Dezernat 311 – Zentrale Stelle für Abwasserabgabe/Wasserentnahmeentgelt (fünf Beschäftigte),
- Dezernat 320 – Gewässerverwaltung, Küsten- und Hochwasserschutz (17 Beschäftigte, davon drei befristete Stellen und fünf Arbeiter),
- Dezernat 330 – Siedlungswasserwirtschaft (sieben Beschäftigte) und
- Dezernat 340 – Gewässerkundlicher Landesmessdienst (acht Beschäftigte).

### **3.1.2 Technische Ausrüstung**

Bestandteil der Hochwasserschutzsysteme an der Elbe sind die Fernüberwachungsanlagen in den Stützpunkten Boizenburg und Dömitz. Mit diesen Anlagen wird der Betrieb der Schöpfwerke und weiterer wichtiger wasserwirtschaftlicher Anlagen fernüberwacht. Wasserstände, Pumpmengen, Störungen sowie weitere Daten werden übertragen und mit Hilfe von Computern aufbereitet. Die Daten werden gebündelt und stehen für eine Fernabfrage zur Verfügung.

### **PC-Arbeitsplätze**

In der Abteilung sind umfangreiche Datenmengen zu verwalten. Zur effizienten Verarbeitung und Nutzung der Daten sind alle Arbeitsplätze mit Personalcomputern ausgestattet. Neben den Standardprogrammen WORD und EXCEL stehen auch fachspezifische Programme, wie beispielsweise LO-WO, OWO, DHA, HYDRAS 3, VPS-Ostseeküste, PEGUS, IMKWIN, WAB, NIBA zur Verfügung.

Insgesamt sind 44 Arbeitsplätze mit vernetzten Personalcomputern ausgerüstet.

### **3.1.3 Öffentlichkeitsarbeit**

Die Öffentlichkeitsarbeit beinhaltet folgende Schwerpunkte:

- Vorbereitung und Durchführung von Pressegesprächen bzw. Erarbeitung Presseinformationen zu aktuellen Ereignissen wie Extremsituationen (Hochwasser an der Elbe und an der Ostsee), Übergabe von wasserwirtschaftlichen Anlagen; Deichschauen (Hochwasserschutzdeiche im Einzugsgebiet der Elbe),
- Erstellung von Pressebeiträgen zur Fertigstellung und Übergabe von wichtigen wasserwirtschaftlichen Objekten, z. B. Hochwasserschutz Elbe bzw. Ostsee, Hafen Boizenburg,
- Vorbereitung und Mitwirkung bei der Erstellung von Informationsblättern zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben, z. B. Herstellung der Durchgängigkeit der Fließgewässer Warnow und Mildenitz für aquatische Lebewesen,
- Vorträge vor Schulklassen zu aktuellen wasserwirtschaftlichen Themen,
- Vorträge zum Hochwasserschutz Elbe, Sturmflutschutz Boltenhagen sowie zum naturnahen Gewässerausbau bzw. zur naturnahen Gewässerunterhaltung,
- Führungen an wasserwirtschaftlich bedeutsamen Vorhaben, wie z.B. Hochwasserschutz Dömitz und Boizenburg,
- Informationsveranstaltungen bei den Wasser- und Abwasserzweckverbänden und Kommunen sowie den Wasser- und Bodenverbänden,
- Beitrag zum Jahresbericht und
- Durchführung von Informationsveranstaltung für Senioren.



## 3.2 Arbeitsergebnisse

### 3.2.1 Geschäftsbereich AL 3, Dezernat 300

#### 3.2.1.1 Allgemeine Angelegenheiten, übergreifende wasserwirtschaftliche Planungen

Zu besonderen Schwerpunktvorhaben wie

- Hochwasserschutzsystem Elbe und
- Hochwasserschutz Ostsee

wurden die Entscheidungen vorbereitet.

#### 3.2.1.2 Angelegenheiten des Vergabewesens

Das Vergaberecht nach VOB/A ist traditionell ein spezieller Teil des öffentlichen Haushaltsrechts, welches auf die Rechtsvorschriften zur Aufstellung und Abwicklung des Etats einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft abhebt und das Ausgabeverhalten des Staates beim Erwerb der für ein Funktionieren erforderlichen materiellen Grundlagen steuert. Diese Regelungen haben das Ziel, die effektive Verwendung der Haushaltsmittel zu sichern und einen fairen Wettbewerb unter den sich um staatliche Aufträge bemühenden Unternehmen zu garantieren.

Auf der Grundlage der VOB/A wurden folgende Vorhaben von der Ausschreibung bis zur Auftragserteilung vorbereitet und begleitet:



### **Zeitverträge:**

1. Zeitvertrag für die Unterhaltungsleistungen im Raum Boizenburg / Dömitz / Landkreis Parchim
2. Zeitvertrag für die Unterhaltungsleistungen im Landkreis Nordwestmecklenburg und in der Hansestadt Wismar

Das StAUN Schwerin ist Unterhaltungspflichtiger für die Hochwasserschutzanlagen und die Gewässer 1. Ordnung im zugeordneten Amtsgebiet. Im Rahmen der genannten Zeitverträge werden Unterhaltungsleistungen, die zur Sicherheit und Funktionstüchtigkeit der Anlagen notwendig sind und aus Hochwasserereignissen, Sturmfluten und sonstigen Einflüssen resultieren, erfasst. Der Ausschreibungsgegenstand umfasst die Ausführung von nicht vorhersehbaren, in der Regel jedoch in einem gewissen Umfang auftretenden Reparaturarbeiten an den Anlagen entsprechend dem im Leistungsverzeichnis ausgewiesenen Gewerkspektrum innerhalb der Vertragslaufzeit.

### **Investive Maßnahmen:**

1. Sanierung Röthdeich 17/2, 2. BA,
2. Tiefstellensicherung Dünenkette Gothmann,
3. Sanierung Löcknitzdeiche,
4. Sanierung linker Sudedeich Teldau/Timkenberg, 1. BA,
5. Sanierung linker Sudedeich Teldau/Timkenberg, 2. BA,
6. Erneuerung Deichsiel Kalißer Deich,
7. Erneuerung Deichsiel Heiddorfer Deich,
8. Dichtwand Elbedeich Dömitz unterhalb Dove Elbe,
9. Umgehungsgerinne Wehr Borkow,
10. Sanierung Hafendeich Boizenburg (15),
11. Zustandkontrolle Löcknitzdüker Dömitz sowie
12. Fischaufstiegshilfe Schöpfwerk Boizenburg (Alte Boize).



**Abb. 1:** Bauabnahme des Löcknitzdeiches am 27. September 2005

### **Unterhaltungsmaßnahmen:**

1. Unterhaltung Landesschutzdeiche Boizenburg / Dömitz
2. Unterhaltungsarbeiten Gewässer 1. Ordnung im LK Nordwestmecklenburg
3. Unterhaltung Gewässer 1. Ordnung und Landesschutzdeiche im Raum Dömitz
4. Unterhaltung Gewässer 1. Ordnung im Bereich Boizenburg bis Redefin
5. Unterhaltung Gewässer 1. Ordnung im Landkreis Parchim – Warnow/Mildenitz
6. Gewässerumgestaltung Warnow – Errichtung Krautbalken
7. Ersatzneubau Krautentnahmeplatz Langen Brütz/Warnow
8. Umbauarbeiten an Sohlbauwerken der Warnow
9. Gehölzpflanzung oberhalb Fischaufstiegsanlage Vorbeck

### **Planungsunterlagen:**

Hydraulik Müritz-Elde-Wasserstraße – Sicherung Hochwasserabfluss

#### **3.2.1.3 Förderung des nichtstaatlichen Wasserbaus (Wasser- und Bodenverbände), Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung**

Die Abteilung Wasser und Boden nimmt die fachliche Umsetzung und Begleitung der Fördermittelanträge des nichtstaatlichen Wasserbaus (insbes. Wasser- und Bodenverbände) wahr. Die Förderung der Wasser- und Bodenverbände als Körperschaften des öffentlichen Rechts erstreckt sich auf das Gebiet der Gewässerunterhaltung der Gewässer 2. Ordnung und investive Maßnahmen im Rahmen des nicht-staatlichen Wasserbaus.

Das Aufgabengebiet umfasst die fachtechnische Betreuung und die Abwicklung der Förderung gemäß den Richtlinien zur Förderung wasserwirtschaftlicher Vorhaben (FöRiWas – korrigierte Fassung – vom 08. Oktober 1997) des Umweltministeriums und die Umsetzung der Förderrichtlinien gemäß Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 2002 – 2006 entsprechend den „Grundsätzen für die Förderung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Maßnahmen“ nach dieser Richtlinie. Dabei ist gemäß FöRiWas des Umweltministeriums die Fördermittelantragstellung zu bearbeiten und die Projektliste für das Folgejahr in enger Abstimmung mit der Allgemeinen Abteilung vorzubereiten.

Fachtechnisch werden durch die Wasser- und Bodenverbände zahlreiche Anforderungen hinsichtlich des Vergabewesens, fachtechnischer Stellungnahmen zu Schadensereignissen, des Eingliederungsstatus von Gewässern zweiter Ordnung, der Refinanzierung von Investitionen an Gewässern, der Gewässerschauen vor Ort sowie der Baukontrollen und Bauabnahmen gestellt. Diese Aufgabe erfordert eine intensive Zusammenarbeit mit den Wasser- und Bodenverbänden in allen aufkommenden Fachfragen und trägt zu einer effektiven Arbeit der Wasser- und Bodenverbände im Amtsbereich bei. Hinzu kommen erhöhte Anforderungen, die sich aus der Förderung über den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) ergeben, wie verstärkte Baukontrollen, Umsetzung des Vier-Augen-Prinzips sowie erweiterte Belegführung.

Die acht Wasser- und Bodenverbände des Amtsbereiches erhielten im Rahmen einer Projektförderung für ihre Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern sowie den Erhalt der Betriebsfähigkeit der dazugehörigen Anlagen Fördermittel in Höhe von 299.000 EUR. Die Förderung erfolgte als Festbetragsfinanzierung in Form eines Zuschusses. Bemessungsgrundlage ist die vom Wasser- und Bodenverband zu unterhaltende Gewässerlänge.

Im Rahmen der Förderung des nichtstaatlichen Wasserbaus erfolgte die Prüfung von 25 eingereichten Anträgen auf Förderfähigkeit der Projekte. Insgesamt 18 Vorhaben erhielten 2005 einen Zuschuss in Höhe von 1.334.500 EUR. Darüber hinaus wurden 10 weitere Vorhaben aus dem Vorjahr fortgeführt.

Als Schwerpunkte sind beispielsweise zu nennen:

- Naturnaher Gewässerausbau Ludwigsluster Kanal in Ludwigslust,
- Schöpfwerksrückbau, Erneuerung der Bachverrohrung sowie Renaturierung des Flöter Baches in Wismar,
- Renaturierung der Schmaar in Hagenow,
- Naturnaher Gewässerausbau, Entrohrung Zuleiter Kaliß,
- Naturnaher Gewässerausbau Alte Elde von Eldena bis Landesgrenze,
- Naturnaher Gewässerausbau Mallentiner Graben
- Naturnaher Gewässerausbau in der Sude von der B5 Redefin bis Viez, Rückbau des Sudewehres in der Ortslage Viez,
- Naturnaher Gewässerausbau Kremminer Graben,
- Fisch- und Evertebratenaufstiegsanlage Woez/Schilde und Karft/Schilde
- Rückbau Wehranlage Brüel (Wehr 2+3),
- Naturnaher Gewässerausbau südlich der Ortslage Wittenförden.



**Abb. 2:** Maßnahme des Wasser- und Bodenverbandes Untere Elde – Alte Elde

### 3.2.1.4 Rufbereitschaft, Anti-Havarietraining

Die Organisation der Rufbereitschaft zur Abwehr von besonderen Gefahrenlagen aus der Hochwasserentwicklung Elbe/Ostsee bzw. der Ölschadensbekämpfung bei Havariefällen an den Gewässern erster Ordnung wurde anhand der rechtlichen Vorgaben des Umweltministeriums Mecklenburg-Vorpommern wie

- der „Verordnung über die Errichtung eines Warn- und Alarmdienstes zum Schutz vor Wassergefahren“ vom 29. August 2005 (GVOBl. M-V S. 453)
- der „Aufgabenregelung des Alarmdienstes in den unteren Wasserbehörden für den Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen“ vom 25. März 1996, geändert am 11. Februar 2002
- der „Richtlinie für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Zuständigkeitsbereich der StÄUN an der Ostsee“ vom 02. Juni 1997 durchgeführt.

Durch das Dezernat 300 erfolgte die ständige Aktualisierung des Rufbereitschaftsplanes und die Einordnung der sonstigen Informationsmaterialien in den Bereitschaftskoffer. Zum Rufbereitschaftsdienst wurden alle verfügbaren Mitarbeiter der Abteilung herangezogen. In Folge der Änderung in der Abteilung erfolgte eine Erweiterung des personellen Teilnehmerkreises für die Rufbereitschaft.

Am 21./22. Oktober 2005 erfolgte die Vollübung "Arche 05" in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) und Schleswig-Holstein (S-H). Das Ziel der Übung bestand in der praktischen Erprobung der Abwehrplanungen der Länder M-V und S-H.

Außerdem wurde ein Fortbildungsseminar zur Ölschadensbekämpfung in Hoya am 21./22. Oktober 2005 besucht. Auf dieser Schulungsveranstaltung wurde über aktuelle Rechtsgrundlagen, die Aufgaben des Diensthabenden, die Organisation der Rufbereitschaft, die Zuständigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte bei der Gefahrenabwehr, den Hochwassermeldedienst der Ostsee und das Havarie-Kommando Cuxhaven informiert.

Die Rufbereitschaft beinhaltet:

- Organisation der Bekämpfung von Schadstoffunfällen auf der Ostsee,
- Mitwirkung bei der Bekämpfung von wassergefährdenden Stoffen auf den Gewässern erster Ordnung, insbesondere der Elbe,
- die Auslösung von Maßnahmen zur Abwehr von Gefahrenlagen durch Hochwasserereignisse in der Ostsee.

Für das Anti-Havarietraining wurden die Handlungsdokumente laufend gehalten und aktualisiert.

Dies umfasst insbesondere:

- Information über die Jahresübungs- und Schulungspläne (JÜSP) der Sonderstellen des Bundes- und der Küstenländer zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen,
- Abstimmung der logistischen und kommunikativen Voraussetzungen für die Gefahrenabwehr mit den unteren Wasserbehörden der Landkreise Ludwigslust, Nordwestmecklenburg und Parchim sowie der kreisfreien Städte Schwerin und Wismar über neue Aspekte der Gefahrenabwehr,
- Mitwirkung bei der Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarung zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen und der Vereinbarung über die Errichtung des Havariekommandos zur Verbesserung des gemeinsamen Unfallmanagements, sowie
- Abstimmung der Meldewege für Havarien mit wassergefährdenden Stoffen nach den Vorgaben der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE).

Zur Verbesserung des Ausbildungsstandes hinsichtlich Unfallmanagement auf der Ostsee nahmen jeweils zwei Mitarbeiter an einem 2- bzw. 1-tägigen Lehrgang zur Arbeit mit dem computergestützten Programm „Vorsorgeplanung Schadstoffunfallbekämpfung“ (VPS) teil.

### **3.2.2 Dezernat 310 - Gewässeraufsicht, wasserbehördlicher Vollzug, Bodenschutz und Altlasten**

#### **3.2.2.1 Wasserbehördlicher Vollzug**

Für 27 Gewässerbenutzungen wurden wasserrechtliche Erlaubnisse erteilt. Als Beispiele können hier unter anderem wasserrechtliche Erlaubnisse für die Erweiterung der KA Mühlen Eichsen, KA Kladow, KA Neustadt-Glewe sowie mehrere Einleitungen von Abwasser aus biologischen Kleinkläranlagen und für diverse Niederschlagswassereinleitungen angeführt werden. Drei industrielle oder gewerbliche Industrie-einleiter erhielten die Genehmigung zur Ableitung ihres vorbehandelten Abwassers in eine öffentliche Kanalisation.

Des Weiteren wurden 51 Genehmigungen bzw. Einvernehmenserklärungen an die zuständige Bauordnungsbehörde für Bauwerke an Gewässern erteilt. Diese betrafen insbesondere Steganlagen und Bootsanleger, Brücken sowie Kreuzungen bzw. Dükerungen von Gewässern 1. Ordnung mit Versorgungsleitungen.

Unter den sonstigen wasserrechtlichen Entscheidungen waren unter anderem solche zur Bestimmung von Inhalt und Umfang eines alten Wasserrechts und zur Festsetzung der Uferlinie sowie zu Umgehungsgerinnen und Fischtreppen. Ferner wurden Genehmigungen zur Lagerung wassergefährdender Stoffe in Hochwassergebieten und Deichvorländern (z.B. Heizanlagen für Eigenheime) ausgesprochen. Darüber hinaus wurden 21 Genehmigungen zum Befahren von Gewässern 1. Ordnung mit Motorbooten erteilt.

#### **3.2.2.2 Stellungnahmen als technische Fachbehörde**

Für die unteren Wasserbehörden bei den Landräten, Bürgermeistern der kreisfreien Städte sowie für das Umweltministerium, für Zweckverbände und private Vorhabensträger sind 150 fachtechnische Stellungnahmen erarbeitet worden und fachliche Beratungen erfolgt.

Folgende Schwerpunkte sind zu nennen:

- Gewässerbenutzungen an Gewässern 2. Ordnung und Benutzungen des Grundwassers, z. B. Brunnen für landwirtschaftliche Betriebe wie den Erdbeerhof Schlagsdorf,
- Vorhaben, die Auswirkungen auf das Grundwasser haben können, u. a. diverse kleine Wärmepumpenanlagen,
- Beurteilung von bestehenden oder beabsichtigten Nutzungen in Trinkwasserschutzgebieten (TWSG), z. B. Bauvorhaben, Wasserentnahmen, Kleinkläranlagen, (F-Plan Pinnow, Kfz-Werkstätten im TWSG Schwerin),
- Stellungnahme zur Aufhebung von 55 nicht mehr benötigten TWSG in den Landkreisen Parchim und Ludwigslust,
- Anpassung der TWSG-Unterlagen an die aktuellen Fachvorschriften, insbesondere für die WF Meierstorf, Grevesmühlen-Wotenitz, Gressow, Dassow und Klütz und die WF Dorf Mecklenburg,



- Mitwirkung in Verfahren aufgrund des Bundesimmissionsschutzgesetzes, z. B. mechanisch-biologische Abfallbehandlung Selmsdorf, Molkerei Wismar, Holz-Pelletwerk Wismar, diverse Tierhaltungs- und Biodieselanlagen besonders die in Bau befindliche Biodieselanlage Sternberg,
- Beteiligung in bergrechtlichen Verfahren, insbesondere bei der Gewinnung von Kiessand, Erteilung des Einvernehmens nach § 109 Landeswassergesetz (LWaG) für Kiessandentnahme unter Herstellung eines Gewässers,
- Bewertung von über 70 Grundwasseruntersuchungsprogrammen und mehr als 150 Grundwasserbeobachtungsstellen, Kontrollbegehungen von Kiessandtagebauflächen,
- fachtechnische Begleitung von vier Torfabbauvorhaben und Vorhaben des Moorschutzprogramms Mecklenburg-Vorpommern,
- Mitwirkung bei der Erkundung und Sanierung von Boden- und Grundwasserunreinigungen infolge des Umgangs mit wassergefährdenden Stoffen, z.B. bei ehemaligen Tankstellenstandorten und Tankanlagen sowie ehemaligen Gewerbegebieten in Schwerin, Wismar, Parchim und Ludwigslust.

### **3.2.2.3 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange**

Für insgesamt 438 Stellungnahmen des Amtes in der Funktion als Träger öffentlicher Belange und als fachtechnische Behörde erfolgte eine Zuarbeit aus wasserwirtschaftlicher und bodenschutzrechtlicher Sicht. Neben zahlreichen Einzelvorhaben sind vor allem folgende Beispiele zu nennen:

- Flächennutzungspläne oder deren Änderungen, z. B. Boltenhagen-Tarnowitz, Gägelow, Hohenkirchen, Pinnow, Spornitz, Wismar, Holthusen, Brüsewitz, Warin, Ziegendorf, Hornstorf und Parchim,
- Bebauungspläne der Städte und Gemeinden, z.B. Pinnow, Ziegendorf, Barendorf, Bandenitz, Wittenburg, Pampow, Boltenhagen, Kühlen-Wendorf, Goldberg, Gägelow, Plau, Lübstorf, Selmsdorf, Wismar, Rehna, Blowatz, Klütz,
- Bodenneuordnungsverfahren, z.B. Friedrichsruhe, Rieps, Badow, Warnow, Thordorf, Göhlen, Broock-Wessentin, Vietlütbe, Glaisin,

Andere planungsrechtliche Verfahren, z.B. Planfeststellungsverfahren im Zusammenhang mit den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit (Ausbau von Bundesfernstraßen, z. B. Ortsumfahrung Schwerin, BAB 241 Jesendorf – Wismar, Auftragnehmer Raststätte Stolpe, BAB 14 Magdeburg – Schwerin) sowie Elbdeichanlagen und Hochwasserschutzmaßnahmen.

### **Planfeststellungsverfahren / förmliche Verfahren**

Bei durchzuführenden Planfeststellungsverfahren und förmlichen Verfahren ist das Staatliche Amt für Umwelt und Natur (StAUN) gemäß § 108 LWaG als Anhörungsbehörde tätig.

#### **• Planfeststellungsverfahren**

Bei dem wasserwirtschaftlichen Vorhaben „Sanierung und Rückdeichung rechter Elbdeich Mahnkenwerder“ ist gem. Nr. 14 der Anlage 1 des Landes-UVP-Gesetzes



vom 9. August 2002 (GVOBl. M-V S. 531, 631) eine allgemeine Vorprüfung durchgeführt worden, mittels derer die UVP-Pflicht festgestellt wurde. Nach dem bisherigen Stand des Planfeststellungsverfahrens ist nicht vor dem Jahreswechsel 2005/2006 mit der Auslegung der Verfahrensunterlagen gem. § 73 Abs. 3 VwVfG M-V zu rechnen.

- **Förmliche Verfahren**

Folgende förmliche Verwaltungsverfahren wurden bearbeitet bzw. sind in Bearbeitung:

- Festsetzung des Trinkwasserschutzgebietes der Wasserfassung Dorf Mecklenburg im Landkreis Nordwestmecklenburg,
- Festsetzung des Trinkwasserschutzgebietes der Wasserfassung Meierstorf im Landkreis Nordwestmecklenburg,
- Festsetzung des Trinkwasserschutzgebietes der Wasserfassung Dassow-Prieschendorf im Landkreis Nordwestmecklenburg und
- Festsetzung des Trinkwasserschutzgebietes der Wasserfassung Klütz im Landkreis Nordwestmecklenburg.

Die Bearbeitung der vorgenannten Verfahren erfolgte unter Berücksichtigung des Erlasses des Umweltministeriums Mecklenburg-Vorpommern zur „Festsetzung, Änderung und Aufhebung von Wasserschutzgebieten, Veränderungssperren zur Sicherung von Planungen“ vom 29. Juli 2003. Das StAUN Schwerin ist gem. § 107 LWaG Anhörungsbehörde für die vom Umweltministerium vorzunehmenden Festsetzungen gem. § 122 LWaG.

Für die beiden förmlichen Verwaltungsverfahren hinsichtlich der Neufestsetzung der Trinkwasserschutzgebiete der Wasserfassungen Dorf Mecklenburg und Meierstorf ist das Verwaltungsverfahren abgeschlossen bzw. steht kurz vor dem Abschluss.

Nachdem hinsichtlich des Trinkwasserschutzgebietes Dorf Mecklenburg dem Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern die Verfahrensunterlagen übersandt worden sind, wurde das Wasserschutzgebiet Dorf Mecklenburg mit Verordnung des Umweltministeriums vom 21. September 2005 festgesetzt. Die Veröffentlichung der Verordnung im Gesetz- und Verordnungsblatt erfolgte am 14. Oktober 2005 auf Seite 514 ff.

Die Verfahrensunterlagen hinsichtlich des Trinkwasserschutzgebietes Meierstorf sind durch das StAUN Schwerin vollständig zusammengestellt worden. Das gesamte Abwägungsmaterial (Verhandlungsniederschrift, fachliche Stellungnahme StAUN Schwerin, schriftliche Zusammenfassung der Abwägung) wurde in seine endgültige redaktionelle Fassung gebracht, so dass eine Abgabe der Verfahrensunterlagen an das Umweltministerium zwecks Erlass der Rechtsverordnung unmittelbar bevorsteht. Hinsichtlich der Trinkwasserschutzgebiete für die Wasserfassungen Klütz bzw. Dassow / Teilwasserfassung Prieschendorf sind nach der Vorhabensanzeige gegenüber dem Umweltministerium die förmlichen Verwaltungsverfahren jeweils eingeleitet und die Verfahrensunterlagen gem. § 73 Abs. 3 VwVfG M-V in den betroffenen Ämtern ausgelegt worden.

Momentan können die beiden letztgenannten Verwaltungsverfahren nicht vorangetrieben werden. Seitens der Träger des Vorhabens, des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Grevesmühlen ist für die Trinkwasserschutzgebiete Wasserfassungen Klütz und Dassow- Prieschendorf eine Erhöhung des Wasserdargebots auf ca. 5.000 m<sup>3</sup>/d. bzw. ca. 8.000 m<sup>3</sup>/d. geplant. Der in der vorstehenden Höhe genannte Grundwasserbedarf ist seitens des Zweckverbandes (bisher) noch nicht ausreichend substantiiert dargelegt worden, so dass nicht vor Ende des Kalenderjahres 2005 mit der Durchführung eines Erörterungstermins mit den privat Betroffenen und Trägern öffentlicher Belange zu rechnen ist.

#### **3.2.2.4 Gewässeraufsicht und Störfälle**

Von den Mitarbeitern wurden 175 Gewässerkontrollen durchgeführt. Darin eingeschlossen ist die Überwachung und Abnahme baulicher Anlagen, z. B. Kleinkläranlagen einschließlich deren Einleitungsbauwerken und Anlagen zur Vorbehandlung von Abwasser. Ferner sind im Rahmen der Zuwendung von Fördermitteln für siedlungswasserwirtschaftliche Vorhaben in 93 Fällen Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt worden.

17 Störfälle ereigneten sich im Berichtszeitraum, insbesondere auf den Bundeswasserstraßen Elbe und Ostsee. Die Aufklärung erfolgte im engen Zusammenwirken mit anderen Ordnungsbehörden. In den meisten Fällen waren die Gewässerverunreinigungen auf ausgetretenes Öl und landwirtschaftliche Abprodukte sowie häusliche Abwässer zurückzuführen. Bei den durchgeführten Ermittlungen wurde festgestellt, dass es in keinem Fall zu schwerwiegenden und nachhaltigen Schäden an Gewässern gekommen war. Eine Bekämpfung war wegen der geringen Mengen ausgetretener wassergefährdender Stoffe nicht möglich oder nicht erforderlich.

#### **3.2.2.5 Behördliche Überwachung von Abwassereinleitungen**

Dem Dezernat 310 obliegt die Überwachung von 166 Abwassereinleitungen, die von vier Laboren durchgeführt wird. Hierzu sind Verträge mit den staatlich anerkannten Untersuchungsstellen abgeschlossen und Überwachungsaufträge erteilt worden. Die Überwachungsprogramme und -ergebnisse wurden kontrolliert. Soweit es zu Überschreitungen von Überwachungswerten kam, wurden ordnungs-rechtliche Maßnahmen geprüft und bei Gewässern 2. Ordnung die zuständige Wasserbehörde informiert. Die Kosten der Überwachung waren den Abwassereinleitern aufzuerlegen. Für die 361 Überwachungen wurden 186 Kostenfestsetzungsbescheide erstellt.

#### **3.2.2.6 Kennziffern Bodenschutz und Altlasten**

Die Arbeitsaufgaben im Bereich Bodenschutz/Altlasten konzentrieren sich im Wesentlichen auf die

- Bearbeitung von Anträgen auf Freistellung von der Altlastenhaftung,
- Erstellung von Kostenerstattungsbescheiden im Rahmen der Altlastenhaftungsfreistellung,
- Maßnahmen gemäß Freistellungsbescheiden und Kostenerstattungsbescheiden,
- Einstellung von Freistellungsdaten in das AFM-Programm (Altlastenfreistellungsmanagement),
- Umsetzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes entsprechend der Zuständigkeitsverordnung vom 24. Februar 1999,
- Bearbeitung von Fördermittelanträgen und
- Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei havariebedingten Bodenverunreinigungen.

#### Freistellung von der Altlastenhaftung

Die Frist für die Antragstellung zur Freistellung von der Altlastenhaftung lief am 28. März 1992 ab. Die Reihenfolge der Bearbeitung erfolgte nach vorgegebenen Prioritäten. Insgesamt wurden 2272 Anträge eingereicht. Bearbeitet wurden bisher 1846 Anträge, davon entfallen 156 Anträge auf das Jahr 2005.

#### Kostenerstattungsbescheide

Voraussetzung für eine Refinanzierung der anteiligen Kosten für die Beseitigung ökologischer Altlasten im Sinne von Gefahrenabwehrmaßnahmen ist ein positiver Freistellungsbescheid, der die Bedingungen entsprechend dem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den neuen Bundesländern abgeschlossenen Verwaltungsabkommen erfüllt. Im Jahre 2005 wurden durch 2 Bescheide Kosten in Höhe von 112.400,00 EUR erstattet.

#### Fördermittelanträge

Im Jahre 2005 wurden 2 Fördermittelanträge mit einer förderfähigen Gesamtsumme von ca. 49.400 EUR bearbeitet.

Gefördert wurden folgende Maßnahmen:

- Monitoring im Bereich von Altstandorten und Altablagerungen der Stadt Ludwigslust und
- Altlastenuntersuchung auf dem Gelände der ehemaligen WGT-Liegenschaft in Techentin.

Die endgültige Zustimmung zu den Anträgen obliegt dem Umweltministerium, die aufgrund einer Prioritätenliste auf Vorschlag der Bewilligungsbehörden erfolgt.

### **Altlastenfreistellungsmanagement-Programm (AFM)**

Das AFM-Programm wurde im Auftrag des Umweltministeriums von einem Ingenieurbüro erarbeitet. Hierbei wurde die bisher genutzte Datei der Freistellungsanträge ins neue Programm konvertiert. Im Bereich Bodenschutz/Altlasten werden laufend alle zur Freistellungsverwaltung notwendigen Daten in dieses Programm komplettiert. Insgesamt sind die Daten von 2272 Freistellungsanträgen bzw. Freistellungsbescheiden einzuarbeiten. Die Vervollständigung sämtlicher Angaben wird sich noch über einen längeren zeitlichen Rahmen erstrecken.

### Bundes-Bodenschutzgesetz

Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und die Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorgemaßnahmen gegen nachhaltige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Mit der zweiten Verordnung zur Änderung der Abfall-Zuständigkeitsverordnung vom 24. Februar 1999 sind die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur für die Durchführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes zuständig. Die auf Grund dieser Zuständigkeit im Dezernat bearbeiteten und betreuten Maßnahmen belaufen sich auf 33.

### Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei havariebedingten Bodenveränderungen

Insgesamt wurden neun angezeigte Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei havariebedingten Bodenveränderungen bearbeitet. Von besonderer Bedeutung sind zwei Verfahren Im Zusammenhang mit LKW-Unfällen auf der BAB 24. Hier wurden umgehende Sanierungen des kontaminierten Bodens durch Anordnung des sofortigen Vollzuges im Wege der Ersatzvornahme umgesetzt.

### **Weitere Arbeitsaufgaben sind:**

- Mitarbeit an den Amtstellungnahmen als Träger öffentlicher Belange zu Bauleitplänen,
- Erarbeitung von Werkverträgen mit Leistungsverzeichnis,
- Bearbeitung und Mitwirkung bei der Erfassung, Erstbewertung und Gefährdungsabschätzung von Altlastverdachtsflächen,
- Mitwirkung und Bearbeitung bei der Erfassung und Untersuchung von militärischen und Rüstungsaltlasten,
- Erstellung von Prioritätenlisten für die Sicherung, Sanierung und Überwachung von Altlasten in Zusammenarbeit mit kommunalen Gebietskörperschaften,
- fachliche Stellungnahmen zu Gefährdungsabschätzungen und Altlastensanierungen auf Antrag,
- fachliche Mitwirkung bei der Sicherung und Sanierung von Deponien,
- Beratung und Bereitstellung von Altlasteninformationen und anderen Datenträgern entsprechend § 25 Abfallwirtschaftsgesetz (AbfAG),
- Erarbeitung von Auskunftsdokumenten und Statistiken für das Umweltministerium und das LUNG und
- Überwachung von Altlastverdachtsflächen und Altlasten.

### **3.2.2.7 Bedeutsame Vorhaben Bodenschutz und Altlasten**

#### Altlastenhaftungsfreistellung und Refinanzierung

Auch im zurückliegenden Jahr waren im Rahmen von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr folgende Vorhaben in der weiteren Bearbeitung bedeutsam:

- Alubau Wismar
- Total Deutschland GmbH (Tankstellen, Tanklager).

### Bundes-Bodenschutzgesetz

Im Rahmen des Bundes-Bodenschutzgesetzes wurden in 2005 folgende Vorhaben prioritär bearbeitet:

- Ehemalige WGT-Liegenschaft Gartenstadt (Schwerin),
- Ehemalige WGT-Liegenschaft Schwerin-Görries,
- Ehemalige WGT-Liegenschaft Stern Buchholz und
- Sanierung des ehemaligen Minoltanklagers und der ehemaligen Dachpappenfabrik in Wismar.

### **3.2.3 Dezernat 311 – Zentrale Stelle Abwasserabgabe/Wasserentnahmeentgelt (ZStAbwAg/WEE)**

#### **3.2.3.1 Aufgaben der ZStAbwAg/WEE**

Der Zuständigkeitsbereich der ZStAbwAg/WEE umfasst das Gebiet Mecklenburg-Vorpommern. Zuständige Behörden für die Durchführung des Abwasserabgabengesetzes (AbwAG) sowie des Ausführungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern zum Abwasserabgabengesetz (AbwAG M-V) sind bei Einleitungen in Gewässer erster Ordnung die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur (§ 13 Abs. 1). Für die StÄUN Rostock, Neubrandenburg, Stralsund und Ueckermünde werden die Festsetzungsbescheide zur Erhebung der Abwasserabgabe durch die ZStAbwAg/WEE vorbereitet.

Bei Gewässern zweiter Ordnung und Kleineinleitungen nehmen die Landräte und Bürgermeister (Oberbürgermeister) der kreisfreien Städte als untere Wasserbehörden die Abgabenerhebung vor.

Darüber hinaus werden durch die ZStAbwAg/WEE die Festsetzungsbescheide zur Erhebung des Wasserentnahmeentgeltes gemäß § 16 LWaG für die weiteren StÄUN vorbereitet.

#### **3.2.3.2 Festsetzung der Abwasserabgabe, einschließlich Zulassung von Messprogrammen im Sinne des § 4 Absatz 5 AbwAG**

##### StÄUN Schwerin

Für das Einleiten von Abwasser in ein oberirdisches Gewässer oder in das Grundwasser ist eine Abgabe zu entrichten. Für das Jahr 2005 beläuft sich die Höhe der festgesetzten Abwasserabgabe für Einleitungen in Gewässer erster Ordnung auf 386.758,67 Euro. Aufgrund von umfangreichen Verrechnungsmöglichkeiten konnte eine Summe in Höhe von 194.579,01 Euro mit getätigten Investitionen verrechnet werden.

Zwei Beispiele hierfür:

Die Stadt Sternberg führte den XII. und XIII. Bauabschnitt der Stadtentwässerung durch. Die Aufwendungen für diese Maßnahmen betrugen 487.440,33 Euro. Somit

konnte die Stadt Sternberg die geschuldete Abwasserabgabe der Veranlagungsjahre 2002 und 2003 gegen die entstandenen Aufwendungen verrechnen. Die festgesetzten Abwasserabgaben in Höhe von 27.714,34 Euro konnte die Stadt Sternberg somit vollständig verrechnen.

Die Hansestadt Wismar hat die Maßnahme „Erschließung Hoher Damm, II. BA “ am 1. Januar 2005 abgeschlossen. Durch die Ablösung mechanischer Kleinkläranlagen wurde die erforderliche Minderung der Schadstofffracht erreicht. Somit konnte der Festsetzungsbetrag für die Abwasserabgabe für das Jahr 2004 in Höhe von 148.498,67 EUR vollständig mit den Aufwendungen für die oben genannte Maßnahme verrechnet werden.

### **3.2.3.3 Vorbereitung der Festsetzungsbescheide für die StÄUN Rostock, Neubrandenburg, Stralsund und Ueckermünde**

Für die in der Überschrift genannten Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur wurden die Festsetzungsbescheide, einschließlich Verrechnung entsprechend der folgenden Tabelle vorbereitet:

<b>StÄUN</b>	<b>festgesetzte Abwasserabgabe in Euro (entsprechend den durchgeführten Anhörungsverfahren)</b>
Rostock	342.322,10
Neubrandenburg	557.540,32
Stralsund	982.628,74
Ueckermünde	653.864,13

### **Zulassung von Messprogrammen**

Das Abwasserabgabengesetz ermöglicht dem Abgabepflichtigen gegenüber der zuständigen Behörde zu erklären, dass er im Veranlagungszeitraum, der nicht kürzer als drei Monate sein darf, einen niedrigeren Wert als den im Bescheid festgelegten Überwachungswert oder eine geringere als die im Bescheid festgelegte Abwassermenge einhalten kann. Die Einhaltung des erklärten Wertes ist entsprechend den Festlegungen des Bescheides für den Überwachungswert durch ein behördlich zugelassenes Messprogramm nachzuweisen. Wird die Einhaltung des erklärten Wertes im Rahmen des zugelassenen Messprogramms nachgewiesen, wird dies der Abgabeberechnung zugrunde gelegt. Im Ergebnis kann für den Abgabepflichtigen u.U. eine geringere Abwasserabgabe festgesetzt werden. Insgesamt wurden fünf Messprogramme im Veranlagungsjahr 2005 für Gewässer 1. Ordnung sowie 28 Messprogramme für Gewässer 2. Ordnung im Zuständigkeitsbereich des StÄUN Schwerin zugelassen.



### **3.2.3.4 Bearbeitung von Erstattungsanträgen**

Erstattungsanträge im Sinne des § 10 Abs. 3 AbwAG beinhalten einen Anspruch des Abgabepflichtigen auf Rückzahlung bereits gezahlter Abwasserabgabe, wenn dieser z.B. eine Abwasserbehandlungsanlage errichtet oder erweitert oder das Abwasser einer vorhandenen Einleitung einer Abwasserbehandlungsanlage zuführt, die den Anforderungen des § 18 b Wasserhaushaltsgesetz (WHG) entspricht oder angepasst wird. Die Bearbeitung umfasst die sachliche und rechnerische Prüfung. Im Jahr 2005 wurden 12 Erstattungsanträge nach § 10 Abs. 3 – 5 AbwAG gestellt und abgearbeitet. Eine Erstattung gegenüber den Abgabepflichtigen erfolgte in Höhe von 592.386,89 Euro.

### **3.2.3.5 Festsetzung der Kosten für den entstandenen Verwaltungsaufwand bei den Landräten der Landkreise bzw. Oberbürgermeistern / Bürgermeistern der kreisfreien Städte**

Der durch den Vollzug des LWaG, des AbwAG und des Ausführungsgesetzes (AbwAG M-V) entstandene Verwaltungsaufwand wird aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe bzw. dem Wasserentnahmeentgelt gedeckt. Die Erstattung des Verwaltungsaufwandes erfolgt auf Antrag gegenüber den Landkreisen und kreisfreien Städten. Insgesamt wurden im Jahr 2005 35 Anträge zur Erstattung des Verwaltungsaufwandes „Vollzug Ab-wAG/WEE“ gestellt, davon sind 30 Anträge abschließend bearbeitet worden. Es wurde Verwaltungsaufwand in Höhe von 116.895,00 Euro gegenüber den Landkreisen und kreisfreien Städten erstattet.

Erstmalig nahm die ZStAbwAg/WEE an einer Fachaufsichtsprüfung im Landkreis Bad Doberan teil.

### **3.2.3.6 Betreuung der Hard- und Software „Berechnung der Abwasserabgabe“**

Bei den unteren Wasserbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte werden 18 PC-Arbeitsplätze und sechs PC-Arbeitsplätze bei den StÄUN betreut. Günstig hat sich dabei der zunehmende Vernetzungsgrad der PC-Technik ausgewirkt.

In diesem Jahr wurden die Grundlagen zur Beschaffung neuer Hardware gelegt, welche im kommenden Jahr zusammen mit einer neuen Software-Version eingeführt wird.

### **3.2.3.7 Stellungnahmen im Rahmen von Widerspruchsverfahren, Klageverfahren**

Im Rahmen der Amtshilfe wurden in diesem Jahr fünf Stellungnahmen von der ZStAbwAg/WEE gegenüber den Landkreisen als unterer Wasserbehörde abgegeben. Vier Anträge liegen in der ZStAbwAg/WEE noch unbearbeitet vor. Ein Klageverfahren des StAUN Stralsund befindet sich noch in der Bearbeitung.

### 3.2.3.8 Festsetzung des Wasserentnahmeentgeltes

Das Land erhebt von den Benutzern eines Gewässers ein Entgelt für folgende Benutzungen:

1. Entnehmen und Ableiten von Wasser aus oberirdischen Gewässern sowie
2. Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser.

Das festgesetzte Wasserentnahmeentgelt betrug im Jahr 2005 228.808,32 Euro für Gewässer 1. Ordnung. Die notwendigen Festsetzungsbescheide wurden durch die ZStAbwAg/WEE vorbereitet.

### 3.2.4 Dezernat 320 – Gewässerverwaltung, Hochwasser- und Küstenschutz

#### 3.2.4.1 Kennziffern

Der Unterhaltungslast unterliegen folgende landeseigene Anlagen:

- Landesschutzdeiche, Gewässer erster Ordnung und wasserwirtschaftliche Anlagen
  - Landesschutzdeiche (km) 158,2
  - Gewässer erster Ordnung (km) 308,3
  - Wasserwirtschaftliche Anlagen (Anzahl) 116
  - davon: Schöpfwerke 11
  - Wehre 49
  - Talsperren 1
  - Fischaufstiegsanlagen 7
  - sonstige Hochwasserschutzanlagen 48
- Küstenschutzanlagen
  - Küstenschutzdeiche (km) 2,4
  - Buhnen (Anzahl) 17
  - Hochwasserschutzdünen (km) 4,8
  - Küstendeckwerk (km) 1,7
  - Küstenschutzwald (ha) 28,7

Das Amt hat einschließlich der Insel Poel insgesamt eine Küstenlänge von 132,2 km zu betreuen.

Von der Elbe und deren Rückstau in die Nebenflüsse wird ein Gebiet unmittelbar beeinflusst, das in

- ungeschütztes Überschwemmungsgebiet mit **12.189 ha,**
  - teilgeschützte Flächen (Flut- und Sommerpolder) mit **2.763 ha,**
  - hauptdeichgeschützte Flächen mit **10.180 ha**
- unterschieden wird.

Das Gesamtschadenspotential im Hochwassergefährdungsgebiet der Elbe beträgt ca. 350 Mio. EUR.

Zur Bestimmung der Wasserstände, Abflussmengen und der Belastung des Wassers werden

- 68 Pegel,
- 129 Grundwassermessstellen und
- 118 Gütemessstationen

betrieben. Das landeseigene Anlagevermögen beträgt ca. 300 Millionen EUR.

Haushaltsinanspruchnahme (Angaben in TEUR)

	Inanspruchnahme 2004	Planansatz 2005	vorauss. Ist 31.12.2005
Staatlicher Wasserbau	3.770,9	2.253,4	2.287,8
Aufbauhilfsfonds Bau Hochwasser Elbe	2.285,6	3.232,9	2.719,8
Technische Vorplanung Wasserbau	341,4	300,0	296,1
Aufbauhilfsfonds Technische Vorplanung HW Elbe	487,1	500,0	670,9
Küstenschutz	8,4	300,0	7,1
Technische Vorplanung Küstenschutz	0	0	0
Unterhaltung und Energie staatlicher Wasserbau	1.281,8	1.500,0	1.744,0
<b>Gesamt:</b>	<b>8.175,2</b>	<b>8.086,3</b>	<b>7.725,7</b>

Für die investiven Maßnahmen werden die finanziellen Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Bund/Länder zur Förderung der Agrarstruktur und zum Küstenschutz sowie dem Aufbauhilfsfonds Elbeflut 2002 und für die Unterhaltung aus dem Landeshaushalt bereitgestellt. Alle geplanten Maßnahmen wurden im Wesentlichen realisiert.

### 3.2.4.2 Unterhaltung

Die jährlichen Arbeiten der Deichmahd und Gewässerkräutung werden in mehreren Teilaufträgen ausgeführt.

Die Deiche werden geschleppt und zweimal jährlich gemäht, das Mähgut entsorgt. Mit Schäferereien bestehen Verträge zur Schafbeweidung auf den Deichen, zum größten Teil einschließlich des Deichschleppens und der erforderlichen Nachmahd. Die Sohlen und Böschungen der Gewässer werden meist einmal im Jahr gekrautet bzw. gemäht, auf einigen Abschnitten sind zwei Schnitte erforderlich. Wechselweise werden Teilbereiche aus ökologischen Gründen von der Kräutung und Mahd ausgenommen. Mit einzelnen Auftragnehmern hat es Probleme in der zeitlichen und qualitativen Abarbeitung der Aufträge gegeben.

Erforderliche Reparaturarbeiten an Deichen, Gewässern und Küstenschutzanlagen wurden auf der Grundlage von Zeitverträgen durchgeführt.

An den Deichsielen Rhinow, Wischblenk und Floßgraben wurden die Schützentafeln erneuert sowie Korrosions- und Betonschutzarbeiten realisiert. Im Schöpfwerk Floßgraben musste eine Pumpe repariert werden.

In der Warnow wurden mehrere Sohlgleiten ausgebessert.

Der Bisamfang durch 4 private Fänger wurde in Gebieten fortgesetzt, in denen die Sicherheit der Deiche durch Bisambauten gefährdet werden kann. Der Fang entspricht mit ca. 600 Tieren in etwa dem des Vorjahres, liegt aber gegenüber den letzten Jahren ca. 25 % niedriger.

Auf den Frühjahrs- und Herbstdeichschauen an der Elbe und im Rahmen der Küstenbereisung konnte durch die etwa 120 Teilnehmer ein ordnungsgemäßer Unterhaltungszustand der wasserwirtschaftlichen Anlagen, Gewässer, Deiche und Dünen bestätigt werden.



**Abb. 3:** Frühjahrsdeichschau in Dömitz - Brodaer Deich

### 3.2.4.3 Staatlicher Wasserbau

Drei Jahre nach der Elbeflut vom August 2002 wurden weitere Hochwasserschutzmaßnahmen realisiert, die sich als Schwachpunkte im Hochwasserschutzsystem erwiesen hatten.

Die Arbeiten zur Umsetzung des Vorhabens **Hochwasserschutz Hafen Boizenburg** wurde als gemeinsame Maßnahme mit der Stadt Boizenburg fortgesetzt. Mit dem 4. Bauabschnitt an der Stirnseite des Hafens wurde im Herbst 2004 begonnen, die Maßnahme ist inzwischen abgeschlossen. In diesem Bereich erfolgte auch die neue Einbindung des Entlastungskanals und des Färbergrabens. Der abschließende 5. Bauabschnitt steht noch aus.

Die Sanierung der **Löcknitzumfluterdeiche** bei Dömitz wurde mit dem Abschnitt zwischen der Brücke Klein Schmölen und der Bahnbrücke fortgesetzt. Der Kostenaufwand betrug 700 TEUR.

Während des August-Hochwassers der Elbe zeigten sich im Elbedeich unterhalb von Dömitz für die Standsicherheit des Deiches erhebliche und gefährliche Sickerströme. Mit einem **Dichtsporn** von 3 m Tiefe auf einer Länge von 200 m am wasserseitigen Deichfuß und einer Bermenaufhöhung an der Luftseite wurde dieser Schwachpunkt im Hochwasserschutzsystem beseitigt.

Nachdem durch das Land Schleswig-Holstein der Elbedeich Lauenburg im Jahre 2003 saniert wurde, erfolgte die Sanierung des sich an der Landesgrenze anschließenden **Elbedeiches Horst** im Jahr 2004, Restarbeiten wurden 2005 ausgeführt. Der Deich mit einer Länge von 2,6 km wurde verbreitert und erhielt auf der luftseitigen Berme einen Deichverteidigungsweg. Insgesamt wurden 42 T m<sup>3</sup> Erdstoff eingebaut. Der Deichverteidigungsweg wird auf Grundlage einer Kostenteilung mit der Teilnehmergemeinschaft des Bodenordnungsverfahrens Gemeinde Nostorf als Wirtschaftsweg genutzt. Das Vorhaben kostete insgesamt 1,1 Mio. EUR. Am 7. April 2005 erfolgte die offizielle Einweihung des sanierten Elbedeiches durch den Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Die Sanierung des **rechten Sudedeiches im Polder Boizenburg** und des **Röthdeiches einschließlich der Tiefstellensicherung in der Dünenkette Gothmann** wurde abgeschlossen. Der rechte Sudedeich wies beim Auguthochwasser 2002 der Elbe gefährliche Qualmwasserbereiche auf und in der Dünenkette mussten aufwendige Verteidigungshandlungen erfolgen. Damit konnte insbesondere der Hochwasserschutz für die Stadt Boizenburg entscheidend verbessert werden.

Die **Deichsiele Heiddorf und Kaliß** wurden erneuert. Weitere Hochwasserschutzmaßnahmen, wie die Sanierung des **linken Sudedeiches Timkenberg** in zwei Bauabschnitten und des **Hafendeiches Boizenburg** wurden begonnen und werden im Jahr 2006 fertiggestellt. Die Bauarbeiten werden so gestaltet, dass bei Eintritt von Winterhochwasser in der Elbe keine zusätzliche Gefährdung entsteht.



Damit wurden aus dem seit 1992 laufenden **Hochwasserschutzprogramm Elbe** bis einschließlich 2005 54,3 Mio. EUR baulich umgesetzt und 63,3 km Deiche sowie eine Vielzahl von Hochwasserschutzanlagen saniert.



**Abb. 5:** Einweihung des Fischaufstiegs Dobbertin durch den Umweltminister Prof. Dr. Methling, den Amtsleiter des StAUN Herrn Engel und den Bürgermeister Herrn Tober

Die technische Vorplanung konzentrierte sich neben den o. g. Vorhaben auf:

- den Hochwasserschutz für Kaliß und Heiddorf,
- die weitere Sanierung des linken Sudedeiches,
- die Sanierung des linken Löcknitzumfluterdeiches,
- die Sanierung des Löcknitzdükers unter der MEW,
- die Elbedeiche Boizenburg und Mahnkenwerder und
- auf weitere Maßnahmen zum Hochwasserschutz an der Elbe.

#### 3.2.4.4 Küstenschutz

Das Bühnenfeld Redewisch musste nach Schädigung durch die Bohrpfahlmuschel im wasserseitigen Teil erneuert werden. Der Kostenaufwand betrug 255 TEUR. Die Vorbereitung und Bauleitung erfolgte durch die Abteilung Küste des StAUN Rostock.



### **3.2.4.5 Genehmigungen und Stellungnahmen**

Es wurden 180 Stellungnahmen als

- fachtechnische Stellungnahmen und als
- Beiträge zu Stellungnahmen des Amtes als Träger öffentlicher Belange und zu Gutachten bearbeitet.

Fachtechnische Stellungnahmen erfolgten zu Brückenbauten, Steg- und Bootsanlegern, Ausbau und Unterhaltung von Gewässern 2. Ordnung, zu baulichen Anlagen und Einzelbauvorhaben sowie zu naturschutzfachlichen Maßnahmen in Küsten- und Überschwemmungsgebieten. Die Genehmigungen bzw. Einvernehmenserklärungen betrafen Kreuzungen bzw. Dükerungen von Gewässern erster Ordnung, Befahren von Landesschutzdeichen aus zwingenden Gründen sowie Bauten in Überschwemmungsgebieten.

### **3.2.4.6 Hochwasserschutz**

#### **3.2.4.6.1 Küste**

Das Jahr 2005 war durch ruhige Sturmflutperioden der Ostsee geprägt. Es kam zu keinen wesentlichen Schäden an den Küstenschutzanlagen. Am 21./22. Oktober 2005 wurde die Katastrophenschutzübung „Arche 05“ an der Ostsee in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern mit Handlungsaufgaben im Landkreis Nordwestmecklenburg durchgeführt.

#### **3.2.4.6.2 Binnengewässer**

Größere Hochwasserereignisse traten im Jahre 2005 nicht auf. Ende März 2005 wurden in der Elbe Wasserstände über der Alarmstufe 1 registriert. Schäden gab es bei diesem Ereignis an den Hochwasserschutzanlagen nicht.

In Auswertung der Elbeflut musste festgestellt werden, dass sich die Rauigkeiten im Hochwasserabflussprofil der Elbe in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten erheblich erhöht haben. Es konnte ein Anstieg beim Bemessungshochwasser um ca. 0,5 m nachgewiesen werden. Hauptproblem ist die zunehmende Verbuschung im Abflussprofil. Mit der Bearbeitung eines Gehölzmanagementplanes wurde begonnen, der erste Teil einer Bestandsaufnahme der Gehölze liegt vor. Die weitere Bearbeitung kann erst erfolgen, wenn das hochgenaue digitale Geländemodell des Hochwasserabflussprofils der Elbe vorliegt. Dazu soll im Winter 2005/2006 die Scannerbefliegung stattfinden. Unabhängig davon wurde die schrittweise Reduzierung der Gehölze auf den Buhnen durch die Bundeswasserstraßenverwaltung fortgesetzt.

Es ist vorgesehen, die Hochwasserschutzmaßnahmen bis zum Jahre 2010 abzuschließen. Dafür sind nach dem Jahre 2005 noch ca. 20 Mio. EUR durch das Land mit Förderung des Bundes zu investieren. Um diese Aufgaben absichern zu können, sind drei zusätzliche Sachbearbeiter befristet im Dezernat beschäftigt.

Mit dem Stand 31. Dezember 2005 ist ein erster Bericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern über die Erfüllung des „Aktionsplanes Hochwasserschutz Elbe“ der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe angearbeitet worden. In ihm wird der Anteil unseres Landes zur Hochwasservorsorge an der Elbe dargestellt, er entspricht im Wesentlichen den Anforderungen und Empfehlungen des Aktionsplanes.

### 3.2.5 Dezernat 330 – Siedlungswasserwirtschaft

Arbeitsschwerpunkte sind die Genehmigung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen gemäß § 38 LWaG sowie die fachliche Prüfung von Fördermittelanträgen nach ZBau zu § 44 VV-K der Landeshaushaltsordnung (LHO). Aufgaben als fachlich zuständige technische Prüfbehörde werden auch für das Wirtschafts- und Arbeitsministerium sowie für das Landesförderinstitut M-V wahrgenommen, zum Beispiel bei der Förderung von Erschließungsmaßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung und der gewerblichen Ansiedlung.

Weitere Arbeitsschwerpunkte sind:

- fachliche Begleitung aller genehmigten und geprüften Bauvorhaben bis zur Inbetriebnahme,
- fachliche Mitwirkung bei der Erstellung von Amtstellungen für die Bauleitplanung und
- Bearbeitung fachtechnischer Stellungnahmen für Baumaßnahmen in der Zuständigkeit der unteren Wasserbehörden

#### 3.2.5.1 Bedeutsame Vorhaben und Ergebnisse

##### • Teil Wasserversorgung

Vorhaben / Baumaßnahmen	Einwohnerwerte im Versorgungsgebiet (EW)	Bausumme T EUR
Wasserwerk Rehna – Neubau mit 1 Brunnen	8.500	2.300
Wasserwerk Rodenwalde - Aus- und Umbau	7.206	600
Wasserversorgung Spornitz 2. bis 4. BA	1.600	433
Trinkwasser Ganzlin – Anschluss an Plau	650	414
VL Wanzlitz-Krohn und Umgehung Wanzlitz	-	410
Ausbau HB Klingenberg	-	371
Wasserversorgung Stintenburg Hütte	105	287
Wasserversorgung Gallin	580	181
WV Neuendorf-Alt Steinbeck-Stöllnitz	280	118

• Teil Abwasserentsorgung

Vorhaben / Baumaßnahmen	Einwohnerwerte im Versorgungsgebiet (EW)	Bausumme T EUR
Erweiterung des ZKW Radegast um 1 SBR und 1 Vorlagebehälter und 1 kompakten Vorreinigungsanlage	22.000	1.130,0
Errichtung der KA Badow	2.000	800,0
AW-Ents. Westlicher Teil des Amtes Rehna 1. und 2. BA	4.930	7.560,0
Bau der OE und KA Kneese	350	1.200,0
SW-Entsorgung Stepenitztal 2. BA mit Erweiterung der KA Mühlen Eichsen Erw. um 1 Vorlagebehälter und 1 SBR-Beh	3.000	2.330,0
AW Krembz-Stöllnitz-Gr.Salitz, ÜL nach Badow	2.000	2.466,0
AW Löwitz-Gletzow, Kanalisation und Überleitung zum ZKW Radegast	220	863,0
AW Breesen, Kanalisation und Überleitung zum ZKW Radegast	100	330,0
Abw.-entsorgung im Raum Ventschow, Überleitung zur KA Bad Kleinen	1.785	4.085,0
OE Goldebee / Gamehl	320	1.118,0
OE Dambeck, Kanali. u. ÜL n. Bobitz	240	698,0
OE Nantrow, Kanalisation u. SBR-KA	105	235,0
OE Bössow / Thostorf, Kanali. mit Neubau KA	225	757,0
AW Dorf Mecklenburg, Resterschließung	1.890	324,0
AW Lutterstorf-Scharfstorf, Überleitung nach Bobitz	190	1.049,0
AW Kl, Krankow, Kanalisation und Überleitung nach Bobitz	70	268,0
AW Insel Poel – OE Malchow	190	653,0
Insel Poel – Erschl. Halandhof	120	420,0
OE Petersdorf	60	230,0
OE Alt Farpfen, Kanalisation und SBR-KA	160	610,0
OE Kahlenberg, Kanalisation und KA	105	210,0
OE Groß Siemz, Kanalisation und KA	170	466,0
OE Hamberge, Kanalisation und KA	150	390,0
OE Roggenstorf mit KA	280	802,1
OE Roduchelstorf mit KA	288	1.162,5
OE Niendorf mit KA	200	508,0
OE Zierzow mit KA und OE Prislich	500	1.797,1
OE Neustadt-Glewe, Thälmann-Str., Mittelstr., Sandstr. ...	400	273,4
OE Fahrbinde	360	414,5
AW Tramm + KA + Überleitug Göhren	900	1.562,0
Anschluss Radepohl an KA Wessin	300	346,3
AW Ludwigslust – Kanalbau Weiterführung	-	1.564,0
KA Crivitz, Umbau zur SBR-Anlage	6.000	180,0

OE Sülte, Kanalisation und Überleitung nach Rastow	315	943,0
AW Grabow – Kanalbau Weiterführung	-	1.637,0
Stadtentwicklung Sternberg 13. BA Pastin	180	610,0
AW Brüel – 2. BA Bahnhofstraße, Schmiedestr. ...	69	208,6
AW Brüel – Plantagenweg, Bergstr., Str.d.Friedens	464	1.286,1
AW Brüel – 2. BA Weg z. Roten See	109	688,8
OE Spornitz - Neubau KA und Kanalisation	1.600	2.470,0
Kanalisation Domsühl, 2.+3.+4. BA	450	1.487,7
AW Damm, Kanalisation und Überleitung nach Parchim	490	521,0
OE Matzlow-Garwitz, Kanalisation und KA	800	1.985,0
AW Dreilützow incl. DRL nach Wittenburg	516	1.240,0
AW Boizenburg 18. und 19. BA und Elbberg	400	410,0
AW Wittenburg Poststraße Kanalbau Weiterführung	52	207,0
AW Entsorg. Nord Lassahn, Neuhof etc. bis KA Zarrentin	1.350	3.344,0
AW Ferdinand-Schill-Straße Lübz	100	301,0
AW Plau, 11. und 12. BA	425	415,0
AW Parchim – Kanalbau Weiterführung	-	420,0
AW Schwerin – Erneuerung Mischwasserkanäle in der Altstadt (Körner-, Arsenal- und Wittenburger Straße)	-	610,0
AW Schwerin – SW-Kanalisation In Lankow – Siedlung	-	318,0
AW Schwerin – Erschließung Neue Gartenstadt	3.600	1.200,0
AW Schwerin – Bau neuer Staukanäle in Fritz-Reuter-Straße	-	830,0
OE Wismar – Weiterführung Kanalbau	-	3.227,5

Die oben genannten Maßnahmen werden dazu beitragen, den Anschluss-grad der Bevölkerung an die zentrale Abwasserentsorgung im Amtsbereich auf etwa 83 % zu erhöhen und gleichzeitig die Einstufung der Gewässer in die Güteklasse II und besser zu erreichen. Das ist auch die Zielstellung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

• **Erteilte Genehmigungen im Bereich Siedlungswasserwirtschaft nach § 38 LwaG**

Vorhaben / Baumaßnahmen	Anzahl	Investitionen
		Bausumme EUR
Eingegangene Genehmigungsanträge	135	-----
Erteilte Genehmigungen	127	53.844.426,00
davon Wasserversorgung	21	15.405.271,40
davon Abwasserbeseitigung	106	38.439.154,60
Teilbaugenehmigungen	2	-----
Bauvoranfragen	2	-----
Prüfverzicht - genehmigungsfreie Vorhaben	5	-----
Vorgenommene Bauabnahmen / Bauüberwachung / Baukontrollen / Zwischenabnahmen	272	-----

Die fertiggestellten Abwasserbehandlungsanlagen und die damit verbundenen beachtlichen Investitionssummen haben die Gewässerbeschaffenheit weiter positiv beeinflusst. Zur nachhaltigen Verbesserung der Wasserqualität der Schweriner Seen wurden seit der Wende über 80 Mio. EUR aufgewendet, davon rund 42 Mio. EUR für die Kläranlage Schwerin-Süd.

Die aktuelle Badegewässergütekarte für Mecklenburg-Vorpommern unterstreicht die oben aufgeführten Erfolge in der Verbesserung der Wasserbeschaffenheit.

- **Fachtechnische Stellungnahmen**

	Anzahl
fachtechnische Stellungnahmen an kreisfreie Städte und Landkreise	42
Stellungnahmen zur Bauleitplanung (F- und B-Pläne / Vorhaben- und Erschließungspläne / Änderungssatzungen)	53
DIN / DVGW / ATV-DVWK-Regelwerk (Stellungnahmen)	1
Sonstige (andere Fachabteilungen / Ing.-büros)	60
Konsultationen und Besprechungen i. R. der Vorbereitung von Planung und Baudurchführung mit Verbänden, Ing.-Büros und Fachbehörden	157

### **3.2.5.2 Baufachliche Stellungnahmen zu Fördermittelanträgen und Prüfung der Verwendung bewilligter Zuschüsse**

#### **3.2.5.2.1 Fördermittel des Umweltministeriums, des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung**

Für Baumaßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft - Wasser und Abwasser - wurden insgesamt 18 Fördermittelanträge baufachlich nach Nr. 6 ZBau geprüft:

Bewilligte Fördermittel in 2005 4,6 Mio. EUR

darin enthalten sind Verpflichtungsermächtigungen  
für 2006 in Höhe von 0,8 Mio. EUR

mit vorgenannten Zuwendungen wurden Investitionen  
ausgelöst in Höhe von 9,8 Mio. EUR.

Mit der Bewilligung der Zuschüsse war die Bearbeitung von insgesamt 98 Zahlungsanforderungen verbunden.

Ferner wurden 16 Stellungnahmen zu Änderungsanträgen erteilt, 29 Zwischennachweise und 41 Verwendungsnachweise geprüft. Darüber hinaus wurden so genannte begleitende und Vor-Ort-Kontrollen unter Beachtung des 4-Augen-Prinzips durchgeführt.

### **3.2.5.2.2 Fördermittel des Wirtschaftsministeriums zur Förderung von Maßnahmen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

Hier wird auf den Beitrag der Siedlungswasserwirtschaft an der Entwicklung der regionalen Wirtschaft im westlichen Teil des Landes hingewiesen.

Von 12 eingereichten Anträgen wurden 10 geprüft. In den bearbeiteten Anträgen für die gewerbliche Wirtschaft wurden rd. 25 Mio. EUR als angemessene Kosten festgestellt. Es wurden weiterhin 12 Verwendungsnachweise geprüft und 4 Änderungsanträge bearbeitet. In der Bauüberwachung gem. Nr. 8 ZBau wurden 10 Objekte begleitet.

Es sind folgende Baumaßnahmen zu nennen:

<b>Baumaßnahmen</b>	<b>Bausumme TEUR</b>
Erweiterung KA Hagenow auf 140.000 EW, BA 6 und 7	7.414,0
Erschließungsmaßnahmen Industriepark Wahrsow - Lüdersdorf	6.247,3
Flughafen PCH - Oberflächenentwässerung und RKB I und II	3.935,3
KA Dassow – Erweiterung auf 20.500 EW	2.187,0
AW-Sternberg – Abwasservorbehandlungsanlage für die Bio-Diesel-Anlage Sternberg, TO 1 bis 3	1.621,0
Erweiterung der KA Boizenburg auf 20.500 EW	1.292,2
Schwerin – Industriegebiet Göhrener Tannen Innere und äußere Erschließung	1.264,8
Erschließung Gewerbegebiet Schwerin-Lankow, Ziegeleiweg Regen- und Schmutzwasserentsorgung	602,0
Neukloster – Industriegebiet Gänsekuhl	275,8
Gewerbegebiet Schwerin-Lankow – Teilbereich Verkehrshof, TW- u. Feuerlöschwasserversorgung	179,0

### **3.2.5.2.3 Fördermittel des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung**

Der Beitrag für die Städtebauförderung umfasst zwei Projekte. Fünf noch aus den Vorjahren laufende Maßnahmen wurden der Bauüberwachung nach Nr. 8 ZBau unterzogen. Anzuführende Baumaßnahmen aus der Städtebauförderung sind:



Baumaßnahmen	Festgestellte angemessene Kosten in TEUR
Stadt Boizenburg – Markttorstraße 2. BA	1.912,8
Neukloster – Städtebauliche Erneuerung der Altstadt	128,6

### 3.2.6 Dezernat 340 - Gewässerkundlicher Landesdienst

#### 3.2.6.1 Kennziffern

- Haushaltskennziffern

Titel	Ist 2004 TEUR	Plan 2005 TEUR	Ist 2005 TEUR
Gewässerkundliche Anlagen	30	42	42
Aufträge an Dritte (LWaG)	60,5	77	77
Aufträge an Dritte (AbwAG)	15	-	-
Untersuchung von Proben auf Schadstoffe	17,5	33	33
Aufträge für das Seenprojekt	17,5	40	29
Beschäftigungsentgelt für Pegelbeobachter	40	38	38
<b>Gesamt</b>	<b>180,5</b>	<b>230</b>	<b>219</b>

- Kennziffern Messnetze

Die Datenerfassung und –auswertung des gewässerkundlichen Mess- und Beobachtungsdienstes erfolgte für die Messstellen im hydrologischen Beobachtungsnetz und im Beschaffenheitsmessnetz.

Im hydrologischen Beobachtungsnetz werden betrieben:

	Anzahl
- Pegelstationen im Oberflächenwasser	68
davon digitale Erfassung der Daten	39
- Durchflussmessstellen	36
- Grundwassermessstellen	119
davon digitale Erfassung der Daten	24
- Pegelstationen des Hochwassermelddienstes der Wasserstraßenverwaltung (WSW)	9
davon Elbeeinzugsgebiet	6
Ostseeküste	3
- Stationen des internen Messnetzes Küste	2
- Messstellen für den Betrieb der wasserwirtschaftlichen Anlagen	21

Zur Absicherung der umfangreichen termingebundenen Erfassung der Daten bestehen mit 61 Pegelbeobachtern und mit 53 Beobachtern von Grundwassermessstellen Verträge.

Im Beschaffenheitsmessnetz wurden 85 Messstellen beprobt. Davon fielen 10 Messstellen in die Kategorie 1, d.h. die Beprobung erfolgte alle 2 Wochen. 51 Messstellen gehörten zur Kategorie 2 und wurden entsprechend Überwachungserlass alle 4 Wochen untersucht. 24 Messstellen waren sonstige Messstellen des StAUN Schwerin, die ebenfalls alle 4 Wochen untersucht wurden. Sie dienen insbesondere der Beschreibung von kleineren Fließgewässern oder lokal bedeutenden Eintragsquellen. Weitere 29 Messstellen wurden im Rahmen von Gütelängsschnitten zusätzlich untersucht, um die Aussagen zur Wasserbeschaffenheit räumlich und/oder zeitlich zu verdichten. Diese zusätzlichen Untersuchungen wurden an anerkannte Labore vergeben. Es wurden 5 neue Probenahmestellen im Einzugsgebiet der Schaale eingerichtet, um bestehende Lücken bei der Beschreibung der Wasserbeschaffenheit zu schließen. Dies betrifft vorrangig Einzugsgebiete mit einer Größe von  $< 40 \text{ km}^2$ .

Im Jahr 2005 wurden 33 Grundwassermessstellen beprobt. 14 dieser Messstellen sind dabei Bestandteil des Sondermessnetzes zu Ermittlungszwecken, die anderen 19 Messstellen gehören zum Grundmessnetz des Landes zur langfristigen und operativen Überwachung. Zusätzlich wurde die Untersuchung von 32 weiteren Grundwassermessstellen auf ehemaligen Abwasserverwertungsflächen in Schwerin-Süd und 25 Grundwassermessstellen im weiteren Umfeld der Deponie Ihlenberg veranlasst.

Es wurden insgesamt 11 Seen mit zusammen 17 Messpunkten beprobt. Dazu gehörten die flächengrößten Seen im Gebiet: Schweriner Innen- und Außensee, aber auch andere Seen mit besonderer Relevanz für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie: z.B. Sternberger See, und Barniner See. Die Untersuchung von weiteren Seen, an denen Sanierungs- und Restaurierungsmaßnahmen durchgeführt wurden oder geplant sind, wurden an ein privates Institut vergeben: Neustädter See, Tressower See, Vielbecker See und Ventschower See.

### **3.2.6.2 Erfassung und Auswertung gewässerkundlicher Daten**

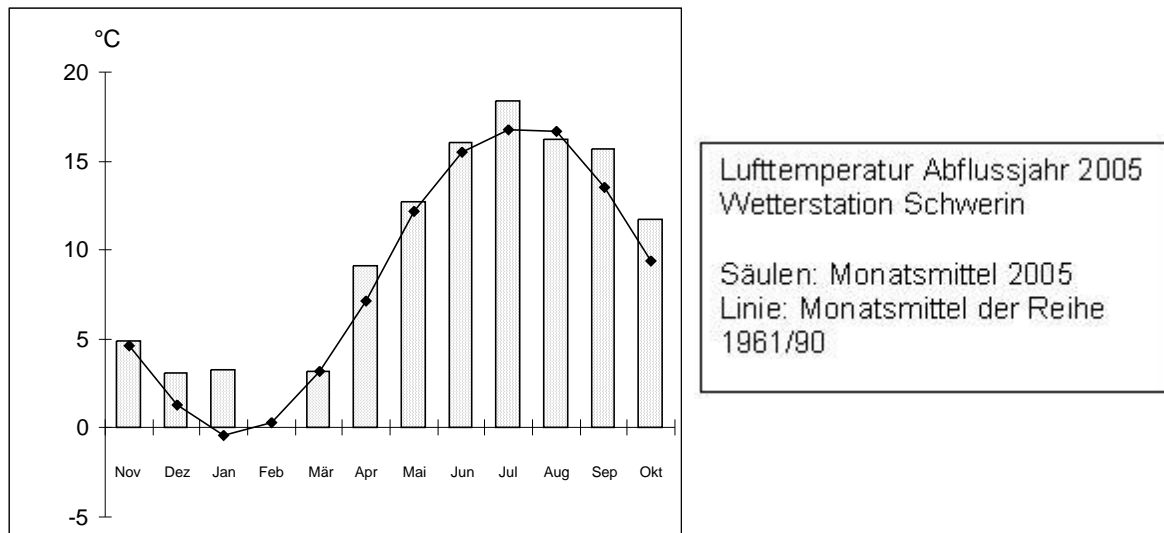
Die hydrologischen Daten wurden kontinuierlich auf der Grundlage der Pegelvorschrift und der Grundwasserrichtlinie erfasst und ausgewertet.

Entsprechend dem Erlass des Umweltministeriums M-V zur Einführung des ETA-Verfahrens konnte die Durchflussstatistik für 36 Pegelstandorte nach dem Verfahren bearbeitet werden.

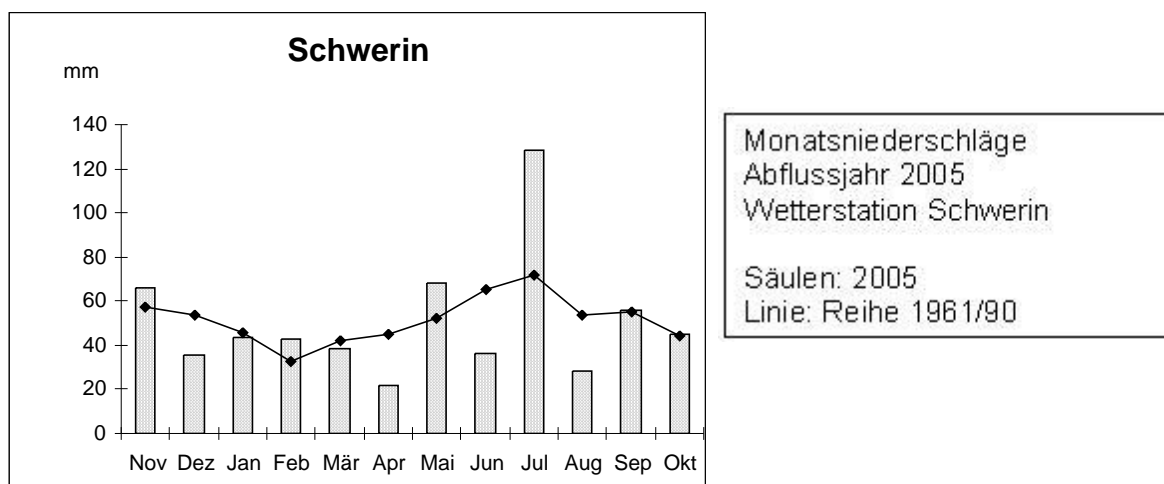
Die Datenerfassung des Beschaffenheitsmessnetzes ist durch die jährliche Fortschreibung des Erlasses zur Gewässerüberwachung in Mecklenburg-Vorpommern geregelt. Vorgegeben werden Messstellen und Untersuchungsprogramme. Bei den Untersuchungshäufigkeiten und den zu untersuchenden Parametern werden die Anforderungen aus den nationalen und internationalen Verpflichtungen berücksichtigt. Messstellen der Kategorie 1 werden 26 Mal/Jahr beprobt, die Messstellen der Kategorie 2 werden 13 Mal/Jahr beprobt.

## Wasserwirtschaftliche Situation des Abflussjahres 2005

Das Abflussjahr 2005 war durch eine zu hohe Lufttemperatur gekennzeichnet. Mit 9,6 °C lag die Temperatur an der Wetterstation Schwerin um 1,2 K über dem langjährigen Mittel (Reihe 1961/ 1990). Im Mittel zu kühl waren dabei nur die Monate August (-0,5 K) und Februar (-0,3 K). In allen anderen Monaten wurden die Mittel überschritten. Spitzenreiter bildeten Januar (+3,7 K), Oktober (+2,3 K) und September (+2,0K).



Das Abflussjahr 2005 endete an 3 DWD-Wetterstationen im Amtsgebiet mit einem Niederschlagsdefizit in Höhe von 8 % (Boizenburg), 12 % (Marnitz) und 14 % (Boltenhagen), was jeweils einer fehlenden Niederschlagshöhe von 81 mm (Marnitz), 76 mm (Boltenhagen) und 53 mm (Boizenburg) entspricht. In Goldberg fielen 103 % der langjährigen Niederschläge, was einem Plus von 16 mm entspricht. Schwerin beendete das Abflussjahr etwa niederschlagsnormal. Deutlich zu trocken waren dabei die Monate Dezember (mit 52 % des mittleren Niederschlags in Boltenhagen), April (26 % in Goldberg), Juni (38 % in Boltenhagen) und August (31 % in Boltenhagen). Viel Regen brachte der Juli mit über 150 % vom mittleren Niederschlag. Im Mai wurden in Goldberg 224 % vom langjährigen Mittel registriert.



Der mittlere Elbe-Wasserstand lag im Abflussjahr 2005 am Pegel Dömitz bei 219 cm und am Pegel Boizenburg bei 201 cm. Die Wasserführung der Elbe bewegte sich während des Berichtszeitraumes überwiegend außerhalb kritischer Hochwasserstände. Der Wasserstand von 500 cm a. P.

(HW-Alarmstufe I) wurde nur kurzzeitig überschritten:

- in Dömitz vom 26. bis 31. März 2005 mit einem Scheitelwasserstand von 529 cm a. P.
- in Boizenburg vom 28. bis 30. März 2005 mit einem Scheitelwasserstand von 510 cm a. P.

Die Alarmstufe I wurde auf Grund der geringen Überschreitung und der fallenden Tendenz am Oberlauf der Elbe nicht ausgerufen.

Die niedrigsten Wasserstände des Abflussjahres 2005 wurden mit 68 cm a. P. am 09. November 2004 in Dömitz und mit ebenfalls 68 cm a. P. am 04. Juli 2005 in Boizenburg erreicht.

	<b>Wasserstand cm a. P.</b>	<b>Datum</b>	<b>HW 1991/2000</b>
Garlitz / Sude	170	15. März 05	218
Laave / Rögnitz	238	14. März 05	272
Schaale/Kl.Bengerstorf	209	14. März 05	221
Schwartow / Boize	182	22. Juli 05	189

Die Wasserstände der Ostsee erreichten im zurückliegenden Abflussjahr viermal kurzzeitig die Richtwasserstände der Alarmstufe I (1,0 bis 1,24 m über normal).

	<b>Gewässer.</b>	<b>Wasserstand in cm</b>
24. November 2004 Boltenhagen Dassow	Ostsee Dassower See	623 624
24. Januar 2005 Boltenhagen Dassow	Ostsee Dassower See	612 617
15. Februar 2005 Boltenhagen Dassow	Ostsee Dassower See	604 610
23. Februar 2005 Boltenhagen Dassow	Ostsee Dassower See	618 623

Im Zusammenhang mit der Katastrophenschutzübung „Arche 05“ am 21. und 22. Oktober 2005 wurde im StAUN Schwerin entsprechend der Hochwassermeldedienstverordnung –HwMDVO vom 29. August 2005- ein Stab eingerichtet und die Durchführung des Hochwassermeldedienstes während einer angenommenen Sturmflut bei Alarmstufen I bis IV geprobt.

### **3.2.6.3 Fachtechnische Stellungnahmen und gewässerkundliche Auskünfte**

Als technische Fachbehörde wurden 379 Stellungnahmen für die unteren Wasserbehörden der Landkreise Ludwigslust, Parchim und Nordwestmecklenburg sowie der kreisfreien Städte Schwerin und Wismar erarbeitet. Zusätzlich wurden gewässerkundliche Auskünfte an Dritte erteilt.

Schwerpunkte sind u. a. die Bearbeitung von Wasserständen und Abflüssen für Vorhaben an Fließ- und Standgewässern, Aussagen zu Grundwasserstandsschwankungen an beobachteten Messstellen für Bauvorhaben, die Beurteilung von Fließgewässern in Bezug auf die ökologische Verträglichkeit von Abwassereinleitungen, die Beurteilung der Gefährdung von Oberflächen- und Grundwasser durch Altlasten und Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen sowie die Beurteilung einer Vielzahl von Analysenergebnissen aus Oberflächengewässern, Grundwasser und Abwasser.

Entsprechend der Hochwassermelddienstverordnung wurde der Hochwassermelddienst für die Elbe und die Ostsee durchgeführt und umfasst folgende Aufgaben:

1. Beobachten und Melden von meteorologischen Einflussgrößen, Wasserständen und Durchflüssen,
2. Auswerten dieser Beobachtungen zu Hochwassermeldungen und deren Weitergabe nach Meldeplänen und
3. Auslösen von Alarmstufen und Beginn von Hochwasserdiensten bei Erreichen oder Überschreiten von festgelegten Richtwasserständen.

Die Wahrnehmung des Hochwassermelddienstes erfolgte dabei täglich in folgendem Zeitraum:

- Ostsee v. 23. bis 24. November 2004  
und
- Ostsee am 23. Februar 2005.

### **3.2.6.4 Hydrologische Vorhaben**

Zur Datenerfassung, -auswertung und Verbesserung des Betriebes der hydrologischen Messeinrichtungen wurden u.a. folgende Vorhaben vorbereitet bzw. realisiert:

- Bearbeitung des Jahresberichtes 2004 zur Eigenüberwachung der Talsperre Farpen,
- Pegelanschlussnivelllement mit Pegelprüfung für 10 Standorte in den Fließgewässern und für 11 Standorte in den Standgewässern,
- Ausrüstung der Messstelle Schönberg/Maurine mit Datenfernübertragung und Inbetriebnahme der Mess- und Übertragungstechnik,
- Probetrieb und endgültige Inbetriebnahme der Ultraschallmessanlage in Garlitz/Sude zur Erfassung von Wasserstand und Durchfluss,

- Planung der DFÜ-Station Radelübbe/Sude zur digitalen Wasserstandserfassung mit Datenfernübertragung,
- Planung der Messstelle Schilde/Camin zur Erfassung des Wasserstandes und
- Planung der Ultraschallmessanlage Groß Görnow/Warnow zur digitalen Erfassung von Wasserstand und Durchfluss.

### **3.2.6.5 Vorhaben der Wasserbeschaffenheit**

Neben der Beprobung und Datenerfassung entsprechend dem Erlass einschließlich der aktuellen Fortschreibungen zur Gewässerüberwachung in Mecklenburg-Vorpommern wurden folgende Vorhaben realisiert:

- Untersuchung der Gewässer im Küsteneinzugsgebiet (Redentiner Mühlbach, Farpener Bach/Plastbach, Lischower Graben, Klützer Bach, Tarnewitzer Bach) für Beschaffenheitslängsschnitte,
- Untersuchung der Gewässer im Einzugsgebiet der Schaale mit Schilde und Motel für Beschaffenheitslängsschnitte und
- Untersuchungen von Grundwasserproben auf den Abwasserverwertungsflächen in Schwerin-Süd und Untersuchung von Grundwasserproben im weiteren Umfeld der Deponie Ihlenberg (NWM).

### **3.2.6.6. Aufgaben zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)**

Das StAUN Schwerin ist federführende Behörde für die Bearbeitungsgebiete Küstengebiet West, Stepenitz, Sude und Elde/Müritz. Im Einzugsgebiet der Warnow, welches den Norden des Landkreises Parchim sowie den Osten des Landkreises Nordwestmecklenburg umfasst, arbeitet das StAUN Schwerin im Arbeitskreis des für die Warnow federführenden StAUN Rostock.

Die zuständigen Behörden waren in der Pflicht, bis Dezember 2004 die Bestandsaufnahme gemäß Artikel 5 WRRL vorzunehmen und zu melden. Diese Bestandsaufnahme wurde fristgemäß abgeschlossen und gemeldet. Es bleibt weiterhin die Aufgabe bestehen, die vorhandenen Datenbestände aktuell zu halten und ggf. Fehler zu korrigieren.

Gemäß Zeitplan der EU-WRRL sind die Jahre 2005 und 2006 vorrangig für die Aufstellung und Inbetriebnahme der Monitoringprogramme vorgesehen. Dies geschieht federführend durch das LUNG. Die StAUN haben in ihrem Zuständigkeitsbereich die notwendigen Zuarbeiten zu erledigen. Die Aufstellung der Monitoringprogramme ergibt einen Forschungs- und Entwicklungsbedarf insbesondere im Bereich der biologischen Güteparameter. Hier ist das StAUN Schwerin wie schon im Jahre 2004 an Forschungsprojekten der Uni Essen an Kalibrierungsmessungen in Mecklenburg-Vorpommern beteiligt gewesen. Es wurden in mehreren Ortsterminen geeignete Fließgewässerabschnitte zum Biomonitoring ermittelt und vergleichende Untersuchungen (Aufsammlung des Makrozoobenthos, Phytobenthos und Makrophyten) durchgeführt.



Die EU-WRRL unterscheidet zwischen der Überblicksüberwachung, der operativen Überwachung und der Überwachung zu Ermittlungszwecken, welche unterschiedliche Ziele verfolgen und daher unterschiedlichen Anforderungen unterliegen. Bei der Aufstellung der Messnetze wird eine möglichst flächendeckende Erfassung aller relevanten Parameter mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln angestrebt. Die Überwachung zu Ermittlungszwecken ist Gegenstand der Gewässeraufsicht und wird von der WRRL insoweit einbezogen, dass Doppeluntersuchungen vermieden werden.

Die Überblicksüberwachung muss an einer ausreichenden Zahl von Wasserkörpern erfolgen, um eine Bewertung des Gesamtzustands der Gewässer in jedem Einzugsgebiet oder Teileinzugsgebiet der Flussgebietseinheit zu gewährleisten. Zusätzlich sind Messstellen zu beproben mit bedeutendem Abfluss oder Wasservolumen, große grenzüberschreitende Wasserkörper und Messstellen an denen länderüber-greifend Frachten, die in die Meere gelangen, ermittelt werden.

Die operative Überwachung soll an allen Wasserkörpern erfolgen, die voraussichtlich die für sie geltenden Umweltziele nicht erreichen werden sowie an allen Wasserkörpern, in die prioritäre Stoffe (gemäß Anhang X EU-WRRL) eingeleitet werden.

Das Messnetz muss so optimiert werden, dass signifikante Belastungen aus Punktquellen sowie in FFH- und Vogelschutzgebieten in jedem Wasserkörper und aus diffusen Quellen sowie hydromorphologische Belastungen repräsentativ in ausgewählten Wasserkörpern erfasst werden. Die Optimierung der Messnetze erforderte eine Reihe von Terminen im LUNG sowie vor Ort.

Um den Termin Dezember 2009 für die Aufstellung und Veröffentlichung der Bewirtschaftungspläne sowie die Aufstellung der Maßnahmeprogramme einhalten zu können, war es erforderlich schon 2005 mit den Arbeiten zur Bewirtschaftungsvorplanung zu beginnen. Die Bewirtschaftungsvorplanung wird von den Arbeitskreisen unter dem Vorsitz der StÄUN durchgeführt. Sie dient der Feststellung der Bewirtschaftungsziele der Fließgewässerkörper, der durchführbaren Maßnahmen und der Findung von Finanzierungsmöglichkeiten. Sie ist noch nicht die Maßnahmenplanung, sondern soll als Vorplanung Grundlage der Maßnahmenplanung sein.

Andere Behörden neben den Wasserbehörden (vor allem Naturschutz- und Landwirtschaftsbehörden) sowie sonstige Stellen (insbesondere die Wasser- und Bodenverbände) werden in den Arbeitskreisen mitarbeiten. Neben den Mitteln des staatlichen und nichtstaatlichen Wasserbaus sollen auch Mittel der Flurneuordnung, Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen des Naturschutzes usw. in die Finanzierungsüberlegungen einfließen. Die Bewirtschaftungsvorplanung gleicht weiterhin die Forderungen der WRRL mit denen der FFH-Richtlinie ab. Als Pilotobjekt für das StÄUN Schwerin wurde das Einzugsgebiet der Schilde ausgewählt. Dabei standen die folgenden Auswahlkriterien zur Diskussion:

### **Vorgaben für die Auswahl:**

- verschiedenartige Wasserkörper (Typ, Zustand, Defizite),
- interessant aus Sicht des Naturschutzes,
- übergreifend bei Landkreisen und Boden- und Wasserverbänden, aber im Amtsgebiet eines StAUN,
- Größe ungefähr 200 km<sup>2</sup> (aufgrund d. z. Verfügung stehenden finanziellen Mittel),
- Datenbasis muss Bearbeitung ermöglichen

### **Charakteristik des Einzugsgebiets Schilde:**

- 11 Wasserkörper, davon 10 Fließgewässer mit 6 Typen, teils „erheblich verändert“, teils „wahrscheinlich kein guter Zustand“ und 1 See mit „gutem Zustand“,
- Teile des Gebiets gehören zum Biosphärenreservat Schaalsee und sind FFH-Gebiet bzw. Vogelschutzgebiet,
- das Gebiet gehört zu den Landkreisen LWL und NWM sowie zu den WBV Boize-Sude-Schaale, Schweriner Seen-Obere Sude und Stepenitz-Maurine,
- die Größe des Einzugsgebiets Schilde beträgt ohne Motel 212 km<sup>2</sup> (102 km Fließgewässer, 56,6 ha Seenfläche) und
- teilweise langjähriges Messnetz in Menge (Wasserstand und Durchfluss) und Güte (Chemie und Biologie), diverse Gutachten und Planungen vorhanden.

Am 2. November 2005 fand die Anlaufberatung des Arbeitskreises zur Vorplanung Schilde im StAUN Schwerin statt.

Die EU-WRRL schreibt eine weitreichende Information und Mitwirkung der Öffentlichkeit vor. Dazu dienten Arbeitskreissitzungen, Beratungen im StAUN mit anderen Behörden und Verbänden sowie Präsentationen in Veranstaltungen anderer Behörden und Verbände. Seit dem 13. September 2005 kann sich die Öffentlichkeit auf der Homepage des StAUN Schwerin

[http://www.mv-regierung.de/staeun/schwerin/pages/abt3\\_wrrl.htm](http://www.mv-regierung.de/staeun/schwerin/pages/abt3_wrrl.htm)

über den Stand der Umsetzung der WRRL informieren. Da das LUNG auf seiner Homepage

<http://www.wrrl-mv.de/>

über allgemeine Grundsätze und Methoden informiert, wurde der Schwerpunkt des Schweriner Beitrags auf die Besonderheiten sowie konkreten Ergebnisse in unseren Bearbeitungsgebieten gelegt.

## 4. Abteilung Immissions- und Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft

### 4.1 Allgemeine Angaben

Ein besonderer Arbeitsschwerpunkt im Jahr 2005 war wie auch in den vergangenen Jahren die Deponie Ihlenberg. Ab Juni 2005 dürfen auf Deponien keine unbehandelten Siedlungsabfälle mehr abgelagert werden. In Verbindung mit diesem „magischen“ Datum erfolgte die Schließung des Deponie-Altteiles und die Errichtung eines Abfallzwischenlagers auf einem neu hergerichteten Deponieabschnitt.

Schwerpunkte der Genehmigungstätigkeit im Jahr 2005 waren zahlreiche Biogas- und Windkraftanlagen sowie die Biodieselanlage in Sternberg. Nach Inbetriebnahme der Thermischen Abfallbehandlungsanlage in Ludwigslust nahm die Kontrolltätigkeit einen breiten Raum ein.

Die zur Verbesserung der Kontrolltätigkeit neben der anlassbezogenen Überwachung eingeführte Regelüberwachung der genehmigungsbedürftigen Anlagen wurde konsequent weitergeführt. Insgesamt unterliegen 851 Anlagen im Zuständigkeitsbereich der immissionsschutzrechtlichen Überwachung.

Entsprechend der Emissionserklärungsverordnung (11. BImSchV) stellte das Jahr 2004 ein Berichtsjahr dar. Daher mussten bis Juni 2005 hunderte Emissionsberichte von Anlagenbetreibern angefordert und anschließend bearbeitet werden.

Wichtige Standorte von genehmigungsbedürftigen Anlagen im Zuständigkeitsbereich sind neben der Hansestadt Wismar beispielsweise die Städte Ludwigslust, Hagenow, Parchim und Lübz. In den Kleinstädten und Gemeinden des Territoriums sind vorwiegend Klein- und Mittelbetriebe des Handwerks, der Industrie und der Landwirtschaft mit regionaler Bedeutung angesiedelt. Die genannten Produktionsstätten stellen neben dem Kraftfahrzeugverkehr Emissions- und Lärmquellen dar, die besonderer Beachtung bedürfen.

Im Jahr 2005 traten wiederum neue oder geänderte Gesetze sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene in Kraft. Eine wichtige Änderung stellt dabei die Neufassung der 12. BImSchV vom Juni 2005 dar. Darin werden u.a. die Pflichten der Betreiber von Anlagen, die der Störfallverordnung unterliegen, neu gefasst.

Weitere gesetzliche Veränderungen auf Bundesebene ergaben sich durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen und zur Änderung der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 20. Juni 2005, die insbesondere die Genehmigungsbefähigung von Windkraftanlagen neu regelt.

Das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2003/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2003 zur Änderung der Richtlinie 96/82/EG

des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen vom 25. Juni 2005 regelt u.a. die Bildung einer Kommission für Anlagensicherheit und den Bestandsschutz für baurechtlich genehmigte Windkraftanlagen.

Schließlich wurde mit der Verordnung über die Verwertung von Abfällen auf Deponien über Tage und zur Änderung der Gewerbeabfallverordnung vom 25. Juli 2005 die Verwertung von Abfällen auf Deponien geregelt.

Auf Landesebene wurden die Erste Verordnung zur Änderung der Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung vom 27. Februar 2005 und die Zweite Verordnung zur Änderung der Immissionsschutz-Kostenverordnung vom 15. März 2005 in Kraft gesetzt, die u.a. Regelungen in Verbindung mit dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz beinhalten.

#### **4.1.1 Personal und Organisation**

Zur Wahrnehmung der Aufgaben ist die Abteilung in drei Dezernate mit folgenden Schwerpunkten gegliedert:

##### Dezernat 400: 4 Dienstposten

Regionaler und produktbezogener Umweltschutz, verwaltungs- und verfahrenstechnische Angelegenheiten

##### Dezernat 410: 9 Dienstposten

Genehmigung und Überwachung von Anlagen nach der 4. BImSchV, außer Nr. 8.3 bis Nr. 8.15

##### Dezernat 420: 7 Dienstposten

Genehmigung und Überwachung von Deponien und Anlagen nach Nr. 8.3 bis Nr. 8.15 der 4. BImSchV, Vollzug der Nachweisverordnung, Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen nach Baurecht

---

Im Jahr 2005 ist ein Mitarbeiter aus Altersgründen ausgeschieden.

Durch das Dezernat 400 werden die umweltschutzrechtlichen Vorschriften des Chemikalien- und Gentechnikrechts sowie produktbezogene Vorschriften des BImSchG überwacht. Des Weiteren werden Fördermittelanträge zum Klimaschutzkonzept bearbeitet und kontrolliert.

Die fachliche Berichterstattung ist ebenso Aufgabe dieses Dezernates wie die Führung des Emissions- und Abfallkatasters sowie der Datenverarbeitungspakete AIS-I für den Bereich Immissionsschutz und ASYS für den Bereich Abfallwirtschaft. Im Rahmen des datentechnischen Vollzuges der Nachweisverordnung sind jährlich

zehntausende Begleitscheine zu bearbeiten. Schließlich sind hier Stellungnahmen zu Planungsmaßnahmen im Rahmen der Bauleitplanung zu erarbeiten, um spätere Nutzungskonflikte aus abfall- oder immissionsschutz-rechtlicher Sicht von vornherein zu vermeiden.

Die Dezernate 410 und 420 genehmigen und kontrollieren Anlagen, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftig sind. Die Aufgabenteilung erfolgt dabei technologiebezogen.

Im Dezernat 410 werden folgende technologische Bereiche bearbeitet:

- Ø Wärmeerzeugung, Bergbau, Energie
- Ø Steine und Erden, Glas, Keramik, Baustoffe
- Ø Stahl, Eisen und sonstige Metalle einschließlich Verarbeitung
- Ø Chemische Erzeugnisse, Arzneimittel, Mineralölraffination und Weiterverarbeitung
- Ø Oberflächenbehandlung mit organischen Stoffen, Herstellung von bahnenförmigen Materialien aus Kunststoffen, sonstige Verarbeitung von Harzen und Kunststoffen
- Ø Holz, Zellstoff
- Ø Thermische Verfahren zur Behandlung von bestimmten Stoffen sowie Deponiegasfackeln
- Ø Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse
- Ø Lagerung, Be- und Entladen von Stoffen und Zubereitungen Emissionsrelevante Verfahren spezieller Art

Als Schwerpunkte daraus sind vor allem Heizwerke, sowohl GuD-Kraftwerke als auch Holzverbrennungsanlagen, Biogasanlagen, Tierhaltungsanlagen, speziell größere Rinder- und Schweinehaltungsanlagen, Schlacht- und Lebensmittelverarbeitungsbetriebe, Räuchereien, Trocknungsanlagen, Hafen- und Umschlaganlagen, Anlagen zur Lagerung von bestimmten gefährlichen Stoffen, Beton- und Asphaltmischanlagen, Windkraftanlagen, Werften, Motorsport-, Schieß- sowie Kälteanlagen zu nennen.

Im Jahr 2005 wurde der vorzeitige Baubeginn für eine Biodieselanlage in Sternberg, eine Flüssiggasanlage in Jessenitz und eine Beisanlage in Schwerin zugelassen.

Des Weiteren wurden elf Biogasanlagen in Wöbbelin, Parchim, Bobitz, Lutheran, Banzkow, Köchelstorf, Dadow, Stresendorf, Parchim, Gallin und Groß Molzahn, fünf Windfarmen in Grebbin, Zölkow, Kalsow, Zölkow und Uelitz, zwei Rinderanlagen in Demern und Langen Brütz, eine Schweinezuchtanlage in Borkow, eine Ferkelaufzuchtanlage in Wittenburg, eine Hähnchenmastanlage in Zarchlin, ein Blockheizkraftwerk in Kloddram, eine Biodieselanlage in Sternberg, die Umrüstung eines Ölheizwerkes in Hagenow, die Erweiterung einer Leim- und Tränkhharzanlage in Wismar, zwei Asphaltmischwerke in Consrade und Lüttow, zwei Flüssiggasanlagen in Jessenitz und Polz, eine Räucheranlage in Ludwigslust, eine Schießanlage in Heiddorf und die Erweiterung einer Brauerei in Schwerin genehmigt.

Durch das Dezernat 420 werden Abfallbehandlungsanlagen genehmigt und kontrolliert, wobei neben den genehmigungsbedürftigen Anlagen auch baurechtlich zugelassene Abfallentsorgungsanlagen aus abfallrechtlicher Sicht kontrolliert werden. Ferner werden Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren für Deponien durchgeführt sowie Deponien kontrolliert bzw. überwacht. Dies betrifft neben der Deponie Ihlenberg, als dem Aufgabenschwerpunkt, auch die stillgelegten und zu rekultivierenden Deponien.

Weiterhin erfolgt im Dezernat der Vollzug der Nachweisverordnung insbesondere hinsichtlich der Zulässigkeit vorgesehener Entsorgungen. Schließlich werden grenzüberschreitende Verbringungen von Abfällen bearbeitet sowie Transportgenehmigungen und Freistellungen erteilt.

Im Jahr 2005 wurden zwei Abfallbehandlungsanlagen in Krassow und Stern-Buchholz, eine Autowrackanlage in Kobande, eine Kompostieranlage in Uelitz, eine Biogasanlage in Kobande und zwei Abfalllager in Selmsdorf und Schwerin genehmigt.

#### **4.1.2 Technische Ausrüstung**

Zur Gewährleistung einer effizienten Bearbeitung, speziell von größeren Datenmengen, sind alle Arbeitsplätze mit einem PC ausgerüstet. Neben den Standardprogrammen WORD und EXCEL stehen die fachspezifischen Programmpakete AIS-I für den immissionsschutzrechtlichen und ASYS für den abfallrechtlichen Teil zur Verfügung. Damit sind die gesamten Genehmigungs- und Kontrolltätigkeiten ebenso abrufbar wie die Begleitschein- und Nachweisverfahren.

Zur Darstellung der existierenden Anlagen in einem kartographischen System steht des Weiteren das Programm ARC-VIEW bzw. ein Kartenexplorer zur Verfügung. Dies dient neben der Emissionsberichterstattung vor allem auch der effektiven Erarbeitung von Stellungnahmen zu Planungsmaßnahmen im Rahmen der Bauleitplanung oder von Einzelbauvorhaben, da damit eine genaue Betrachtung der Wechselwirkungen einer geplanten Maßnahme mit der Umwelt ermöglicht wird.

Für die überschlägige Ermittlung von Lärmemissionen steht ein integrierter Schallpegelmesser des Typs 2238 Mediator zur Verfügung. Mit diesem Gerät kann ein schneller Überblick über die Lärmsituation an einem bestimmten Ort gegeben werden, was sich insbesondere bei der Bearbeitung von Beschwerden über Lärmemissionen des Öfteren bewährt hat. In vielen Fällen konnten die notwendigen Schritte zur Abstellung unzulässigen Lärms dadurch zügig, gezielt und begründet eingeleitet werden.

Durch die verstärkte Nutzung der elektronischen Post konnte die Arbeit sowohl innerhalb als auch außerhalb des Geschäftsbereiches wesentlich effizienter gestaltet werden. Anfragen von Bürgern oder anderen Behörden waren unter Nutzung dieser Möglichkeiten sehr viel schneller und umfassender zu bearbeiten.



## 4.2 Arbeitsergebnisse in 2005 (Zeitraum 01.01. bis 31.10. 2005)

### 4.2.1 Zusammenstellung der wichtigsten Ergebnisse

<b>Genehmigungsverfahren nach BImSchG</b>	<b>2005 Anzahl</b>
Neugenehmigungen (§ 4, 8 und 9 BImSchG)	17
- davon Zulassung vorzeitigen Beginns (§ 8a BImSchG)	2
Änderungsgenehmigungen (§ 16 BImSchG)	25
- davon Zulassung vorzeitigen Beginns (§ 8a BImSchG)	2
Prüfung von Anzeigen (§ 15 BImSchG)	40

<b>Gebühren für Genehmigungen nach BImSchG (in T€)</b>	<b>2005 T€</b>
Gebühren für Genehmigungen (§§ 4, 8 und 9 BImSchG)	208,3
Gebühren für Änderungsgenehmigungen (§ 16 BImSchG)	234,0
Gebühren für Zulassung vorzeitigen Beginns (§ 8a BImSchG)	5,1
Gebühren für Prüfung von Anzeigen (§ 15 BImSchG)	10,5

<b>Tätigkeiten im Innen- und Außendienst</b>	<b>2005 Anzahl</b>
Kontrollen/Überprüfungen an genehmigungsbedürftigen Anlagen	185
Anordnungen/Festlegungen	258
Bearbeitung von Beschwerden bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	16
- davon wegen Lärm	2
- davon wegen Staub	2
- davon wegen Gerüchen	12
Stellungnahmen im Rahmen der Benehmensregelung für EFB	6
Stellungnahmen zur Bauleitplanung	165
Erteilung von Transportgenehmigungen/Änderungsbescheiden	2
Bearbeitung von Entsorgungsnachweisen	82
Bearbeitung von Begleitscheinen	13.700
Abfallexporte und -importe	24
Prüfung von Fördermaßnahmen zum Klimaschutzkonzept	34
Prüfung von Fördermaßnahmen zur kommunalen Abfallwirtschaft	4

## 4.2.2 Bedeutsame Vorhaben

### 4.2.2.1 Oberflächenbehandlungsanlage am Standort Schwerin

In den letzten Jahren wurden große Anstrengungen unternommen, Industrie und Gewerbe im Stadtgebiet anzusiedeln. Zu diesem Zweck wurde das Industriegebiet „Göhrener Tannen“ als Konversionsfläche aus der militärischen in die zivile Nutzung überführt.

Die Flamm Aerotec GmbH & Co. KG hat sich zur Jahreswende 2004/2005 für diesen Standort entschieden. Die Inbetriebnahme der Anlage soll im Januar 2006 erfolgen.

Unter Vorgabe dieses engen Zeitrahmens wurde entschieden, das Genehmigungsverfahren auf zwei Ebenen durchzuführen:

1. Die Erschließung des Grundstücks und die Errichtung des Baukörpers ist gemäß Baurecht zu genehmigen.
2. Die Errichtung und der Betrieb der Oberflächenbehandlungsanlage als Nebeneinrichtung einer Farbspritzanlage ist immissionsschutzrechtlich zu genehmigen.





Mit Datum vom 20.07.2005 hat die Flamm Aerotec GmbH & Co. KG einen Antrag zur Errichtung und zum Betrieb einer Galvanikanlage (Nr. 3.10 des Anhangs der 4. BImSchV) verbunden mit dem Antrag auf Zulassung des vorzeitigen Baubeginns gestellt. Im Rahmen dieses Verfahrens war auch eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3c Absatz 1 Satz 2 UVPG erforderlich. Der vorzeitige Baubeginn für die Oberflächenbehandlungsanlage wurde durch das Staatliche Amt für Umwelt und Natur Schwerin bereits am 09. September 2005 zugelassen.

Mit der Investition werden voraussichtlich 165 Arbeitsplätze am Standort Schwerin geschaffen. Es ist vorgesehen, die Fertigung im 3-Schichtsystem an 7 Tagen in der Woche zu betreiben.

Die Flamm AG Aachen als Systemlieferant der Automobil-, Hausgeräte-, und Elektroindustrie mit Kompetenz und Effizienz in der Metallverarbeitung hat sich mit der Investition im Industriegebiet „Göhrener Tannen“ nicht nur für einen neuen Standort, sondern auch für eine neue Branche entschieden. Die Produktionsstätte in Schwerin soll Zulieferer für AIRBUS, dem größten europäischen Flugzeugbauer, werden.



Im Zuge des Neubaus der Produktionsstätte am Standort Schwerin erfolgt die Errichtung einer Galvanikanlage, hier als Chromsäureanodisierung von Aluminiumteilen. Als Nebeneinrichtung wird eine Lackieranlage, bestehend aus Automatiklackieranlage und manueller Spritzkabine einschließlich Trockner, errichtet.

Das Verfahren der Chromsäureanodisierung ist in der Luftfahrtindustrie das gebräuchlichste Verfahren, um einen verbesserten Korrosionsschutz bei Aluminiumteilen zu erreichen. Durch die anschließende Lackierung der Werkstücke sind die Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen für den Flugzeugbau garantiert.

Mit dem Neubau der Galvanik wird ein hoher Standard für den Arbeitsschutz der Mitarbeiter und den Umweltschutz realisiert. Die Galvanisierung, wie auch die Farbgebung, laufen im großen Umfang automatisch ab. Die Arbeitskräfte kommen mit gesundheitsgefährdenden Stoffen nicht in Berührung. Die Luftschadstoffe der Bäder werden abgesaugt, die Abluft über Nasswäscher weitestgehend gereinigt, so dass die Anforderungen der TA-Luft erfüllt sind.

Abwasser, dass das Betriebsgelände verlassen soll, fällt nicht an. Die Behandlung des Abwassers erfolgt in einer werkseigenen Abwasserbehandlungsanlage. Diese besteht aus zwei Komponenten, einer Kreislaufanlage und einem Vakuumverdampfer. Durch das Vakuum wird der Siedepunkt der zu bearbeitenden Spülwässer, getrennt nach sauer/alkalisch und chromsauer, herabgesetzt. Die überschüssige Wärmeenergie aus der Elektrolyse kann über eine Wärmepumpe für die Vakuumverdampfung genutzt werden.

#### **4.2.2.2 Biodieselanlage am Standort Sternberg**

Die Rapsveredlung Mecklenburg GmbH Sternberg errichtet auf dem ehemaligen Holzgelände in Sternberg eine Produktionsstätte zur Herstellung von Biodiesel (Pflanzenölmethylester) aus Rapssaat und Rapsöl.

Hauptziel des Werkes ist die Produktion von Kohlenwasserstoffen und Estern (Glycerin und Biodiesel) aus einheimischem Raps. Die Anlage soll rund um die Uhr betrieben werden und wird ständig durch Bedienpersonal in der Warte überwacht. In einer Fertigpresse wird Rapssaat zu Rapsrohöl aufbereitet und dabei Rapskuchen gewonnen. Rohöl und zusätzlich zugekauft Rapsrohöl werden in einer Biodieselanlage zu Biodiesel und Glycerin aufgearbeitet.

Nach der Zulassung des vorzeitigen Beginns für die Errichtung der Biodieselanlage am 24. März 2005 erfolgte am 20. Mai 2005 der erste Spatenstich für diese 30-Millionen-Euro-Investition, bei der mehr als 50 Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden.

Die Anlage ist für eine Leistung von 18,5 t/h Rapssaatverarbeitung, 14 t/h Biodieselproduktion, 11 t/h Rapsschrot und 2,5 t/h Glycerin ausgelegt.

Nach umfangreicher Prüfung der Antragsunterlagen durch alle am Genehmigungsverfahren beteiligten Behörden und auf der Grundlage diverser Fachgutachten wurde die Genehmigung am 26. Juli 2005 durch das Staatliche Amt für Umwelt und Natur Schwerin erteilt. Die Produktion soll im 4. Quartal 2005 aufgenommen werden.

Die wesentlichen konkreten Ziele des Vorhabens lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Schaffung eines lokalen Absatzes für Raps
- Erhaltung der Wertschöpfung für die Verarbeitung in der Region
- Erzeugung eines umweltfreundlichen Kraftstoffes aus nachwachsenden Rohstoffen.

Darüber hinaus unterstützt das Vorhaben allgemeine wirtschaftliche und umweltbezogene Ziele, unter anderem durch die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region, die Mitwirkung beim Klimaschutz durch Erzeugung eines CO<sub>2</sub>-neutralen Kraftstoffes und die Schonung fossiler Ressourcen.



#### **4.2.2.3 Schweinezucht- und Biogasanlage am Standort Borkow**

Am 11. Juli 2005 erteilte das Staatliche Amt für Umwelt und Natur Schwerin dem Landwirtschaftsbetrieb Marktfrucht und Rinderzucht GmbH Borkow die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Schweinezuchtanlage mit 781 Tierplätzen (davon 726 Sauenplätze) in Verbindung mit einer Biogasanlage in der Gemarkung Borkow.

Die Fütterung der Tiere erfolgt über eine stationäre Flüssigfütterungsanlage. Zur Futterlagerung (Fertigmischungen) werden Außensilos errichtet, die Aufbereitung erfolgt im angrenzenden Futterhaus, an das sich auch der Sozialbereich mit Hygieneschleuse anschließt. Die Sauenanlage kann nur über die Hygieneschleuse betreten werden.

Alle Stallabteile sind mit einer Zwangslüftung über First konzipiert. Die Haltung der Tiere entspricht den „Landeseinheitlichen Anforderungen zur tierschutzrechtlichen Bewertung von Genehmigungsanträgen für Schweinehaltungsanlagen“ des Landwirtschaftsministeriums M-V vom 21.04.2004.

Es ist geplant, die in der Anlage anfallende Gülle in einer angeschlossenen Biogasanlage gemeinsam mit Kofermenten landwirtschaftlichen Ursprungs (nachwachsende Rohstoffe) zu vergären. Zu diesem Zweck werden ein Fermenter, ein Nachgärbehälter sowie ein Gärrestlager errichtet. Zur Lagerung der nachwachsenden Rohstoffe werden zwei vorhandene Fahrsilos, die sich etwa in 500 m Entfernung befinden, genutzt.

Das im Fermenter und Nachgärbehälter anfallende Biogas wird dem Blockheizkraftwerk (BHKW) zugeführt und unter Erzeugung von Elektroenergie und Nutzwärme verbrannt.

Etwa ein Drittel der entstehenden Wärme wird als Prozesswärme zur Beheizung des Fermenters und zum Erwärmen des Frischsubstrates der Biogasanlage wieder zugeführt. Der andere größere Teil der Abwärme wird zur Beheizung der Schweinezuchtanlage genutzt. Die erzeugte Energie wird in das öffentliche Netz eingespeist. Bei „Ausfall des öffentlichen Netzes“ kann die Tierhaltungsanlage separat mit Energie versorgt werden.

Nach der Vergärung wird der Gärrest in einem folienausgekleideten Erdbecken zwischengelagert. Die Lagerkapazität ist ausreichend für mehr als 6 Monate. Zur Emissionsminderung wird dieses Gärrestlager mit einer Folie abgedeckt. Durch den Gärprozess werden die geruchsaktiven Substanzen und die organischen Säuren des Gärsubstrates vermindert. Die Reduktion der organischen Säuren trägt sowohl zur Verminderung des Geruchs als auch zur Verringerung der Verätzung von Pflanzen bei.



#### 4.2.2.4 Räucheranlage am Standort Ludwigslust

Im Stadtgebiet von Ludwigslust (Gewerbegebiet Techentin) entstand 1993 ein moderner fleischverarbeitender Betrieb. Herzstück dieses Fleischveredlungsbetriebes sind 3 Anlagen zum Räuchern von Fleisch- und Wurstwaren, die im immissionsschutzrechtlichen Verfahren genehmigt wurden.

Eine nach Inbetriebnahme im Abgas der Räucheranlagen durch einen Sachverständigen im Jahr 1994 durchgeführte Emissionsmessung zeigte, dass der geforderte Grenzwert von 50 mg/m<sup>3</sup> Gesamtkohlenstoff sicher eingehalten wird.

Durch das Staatliche Amt für Umwelt und Natur Schwerin als der zuständigen Genehmigungs- und Überwachungsbehörde wurde nach Ablauf von jeweils 3 Jahren eine Wiederholungsmessung zum Nachweis der Einhaltung des Grenzwertes für Gesamtkohlenstoff gefordert. Im Ergebnis der Wiederholungsmessungen konnte nachgewiesen werden, dass ausgehend von der Anlage der Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen sichergestellt ist.

Mit Datum vom 30.09.2004 stellte der LFW Ludwigsluster Fleisch- und Wurstspezialitäten GmbH & Co. KG einen Antrag auf wesentliche Änderung der Anlage. Vorgesehen ist eine Erweiterung der Produktionslinie für die Herstellung von Rohwurst.

Die geplante Rohwurstproduktion erfolgt in einer neuen Produktionshalle. In ihr sind die gesamten Produktions- und Nebenanlagen untergebracht, außer den Sozialeinrichtungen für Mitarbeiter, die Verwaltung und Laboreinrichtungen sowie verschiedene Lagereinrichtungen.



Als relevante Emissionsquellen sind in diesem Zusammenhang zu benennen:

- Dampferzeuger, Kälteerzeugung und Abluftanlage einschließlich Abgasreinigung
- LKW-Kühlaggregate, die im Stand elektrisch betrieben werden
- LKW- und PKW-Verkehr
- Ruhender Verkehr entsprechend einer Parkplatz-Lärmstudie.

Zur Bewertung der Lärmsituation wurde eine Geräuschimmissionsprognose angefertigt. Folgende Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte nach TA-Lärm wurden realisiert:

- Zeitliche Beschränkungen von Ladeprozessen an der neuen Halle
- Änderung des Verkehrsflusses auf dem Betriebsgrundstück
- Änderung der Standorte für ausgewählte Anlagenteile (z.B. Kühlturm, Heizung, Versand)
- Errichtung eines Schallschutzwalles nördlich der neuen Halle in Richtung Wohngebiet.

Die acht Klima-Entwicklungsanlagen (KEW) sind mit jeweils einem der Kammer zugeordneten Heißraucherzeuger vom Typ RZ 550 ausgerüstet. Die beim Räuchervorgang entstehende Abluft wird mit einem Ventilator aus den KEW abgesaugt und über die Abluftreinigungsanlage TC-8 in die Atmosphäre abgeleitet.

Die geplante Kälteanlage ist eine zweistufige Kälteanlage und nur für die Kälteversorgung der neuen Rohwurstproduktion vorgesehen.

Es ist vorgesehen, die Anlage im 4-Schichtsystem an 5 Tagen in der Woche zu betreiben. Mit der Investition werden voraussichtlich zusätzlich 10 Arbeitsplätze am Standort Techentin geschaffen.

Am 7. Januar 2005 wurde durch das Staatliche Amt für Umwelt und Natur Schwerin die Genehmigung zur wesentlichen Änderung der bestehenden Räucheranlage auf eine Gesamtkapazität von 153,3 t/Woche und der bestehenden Kälteanlage auf einen Gesamtinhalt von 3 Tonnen Ammoniak erteilt. Die immissionsschutzrechtliche Abnahme der wesentlich geänderten Anlage erfolgte am 28. September 2005. Im Abschlussprotokoll wurden die Termine der Messungen für die Emissionsgrenzwerte und für die Lärm-Immissionsrichtwerte festgelegt.

#### **4.2.2.5 Nachsorgephase der Hausmülldeponie Plau**

Die Deponie Plau wurde im Jahr 2004 rekultiviert. Das Deponievolumen beträgt ca. 300.000 m<sup>3</sup>. Es handelt sich um eine 6,2 ha große und ca. 4-6 m tiefe ehemalige Tongrube.

Die Rekultivierung wurde durch das Land M-V mit 837.000,00 EUR Fördermitteln unterstützt. Die Gesamtinvestitionskosten für die Sicherung der Deponie Plau betragen 1.600.000,00 EUR.

Die erste Sicherung der Deponie erfolgte im Jahr 2001, es wurde die Profilierung als Auflager für die Dichtungsschicht und die Abgrenzung zum Deponieteich fertiggestellt.

Ab 2003 erfolgte der qualitätsgerechte Einbau von 4 Lagen a 25 cm von mineralischem Dichtungsmaterial.

Zum Abschluss wurde noch eine ca. 80 cm starke Rekultivierungsschicht und 20 cm dicke Oberbodenschicht aufgebracht. Auf dem Oberboden wurde Gras ausgesät. Durch den entstehenden Bewuchs kann Regenwasser besser verdunsten und überschüssiges Wasser über den Randgraben in die beiden Teiche abgeleitet werden.

Mit der Sicherung der Deponie und der Fertigstellung aller Baumaßnahmen begann ab Oktober 2004 die Nachsorgephase. Die Nachsorgephase beträgt ca. 10 bis 15 Jahre. Für die Grundwasserüberwachung bedeutet das, dass die vorhandenen Anstrompegel und die Abstrompegel jährlich durch eine Vollanalytik im Frühjahr und eine Kurzanalytik im Herbst beprobt werden müssen.

Das Oberflächenwasser aus dem Deponieteich und Ziegeleiteich wird vor dem Ableiten in die Vorflut regelmäßig untersucht. Einmal jährlich im Sommer erfolgt die Kontrolle der Gaspegel auf Zusammensetzung des Deponiegases. Der Randgraben zur Ableitung des Oberflächenwassers ist witterungsbedingt nach Niederschlagsereignissen auf Bodenabtrag zu überprüfen und gegebenenfalls zu beräumen.

Das Deponieverhalten (Setzungsverhalten) wird jährlich durch Vermessung der gesamten Deponie kontrolliert. Hieraus werden Schlussfolgerungen für die Funktionstüchtigkeit der Deponieabdichtungssysteme und der Überwachungseinrichtungen der Deponie gezogen und gegebenenfalls werden Reparaturen eingeleitet.

Das Deponiegelände ist durch einen Zaun und ein Tor gesichert. Diese werden ebenfalls ständig auf Funktionssicherheit überprüft, denn es kommt immer wieder vor, dass Wildtiere den Zaun beschädigen.

Für die Stadt Plau werden jährliche Kosten von ca. 5.000,00 EUR für die Nachsorgemaßnahmen anfallen.

#### **4.2.2.6 Neue Ablagerungsbereiche auf der Deponie Ihlenberg**

Im Herbst 2004 wurde auf der Deponie Ihlenberg begonnen, neue Ablagerungsbereiche zu erschließen. Im südlichen Bereich der Deponie Ihlenberg stehen dafür ca. 85 Hektar genehmigte Deponiefläche zur Verfügung. Mittels schwerer Technik wurde die künftige Deponiebasis in einer ca. 6 ha großen Teilfläche freigelegt.





Die natürliche geologische Barriere wurde durch eine technische Barriere, eine mineralische Abdichtung und eine Kunststoffdichtungsbahn entsprechend den Anforderungen der Deponieverordnung ergänzt.

Der Aufbau dieses Dichtungssystems erfolgte so, dass ein dachprofilähnlicher Querschnitt entstanden ist. Diese so entstandenen nebeneinander liegenden „Dächer“ stellen einzelne Einzugsbereiche für die Sickerwassereinzugsbereiche dar. Auf einer mineralischen Schutzschicht für die Kunststoffdichtungsbahn wurde eine Sickerwasserdrainageschicht aufgebracht. In den Tiefpunkten der jeweiligen Dachprofile liegen in einem Schutzbett die vier Sickerwasserdrainageleitungen, die im östlichen Böschungsbereich aus der Deponie herausgeführt werden. Dort münden sie in das Sickerwassereinzugsystem der Deponie Ihlenberg. Mit der Errichtung der Drainageschicht ist der Aufbau des Deponiebasisabdichtungssystems abgeschlossen, der Bereich steht nunmehr für die Ablagerung von Abfällen zur Verfügung.

Eines muss jedoch vor dem eigentlichen Abfalleinbau noch getan werden. Eine weitere Schutzschicht aus Abfällen wird zur Sicherung des Abdichtungssystems vor dem Befahren mit der schweren Technik aufgebracht. Sie soll letztlich verhindern, dass die Drainageschicht durch die Raupen und Kompaktoren beschädigt und das Sickerwasser in unzureichendem Maße abgeführt wird.

Der dachprofilartige Aufbau der Deponiebasis ermöglicht den Betrieb unterschiedlicher Ablagerungsbereiche nebeneinander. Somit kann die Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft nach dem Abfallaufkommen und der wirtschaftlichen Situation entscheiden, welche Abfälle in welchen Deponiebereichen abgelagert werden.

Daher hat die IAG entschieden, zunächst im nördlichen Teil des neuen Ablagerungsbereiches auf zwei Sickerwassereinzugsbereichen ein Zwischenlager für ab dem 01.06.2005 behandlungsbedürftige Abfälle zu errichten. Weitere zwei Bereiche stehen für die Ablagerung von Abfällen unterschiedlichster Art zur Verfügung.

#### **4.2.2.7 Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes am Beispiel des Solarzentrums Wietow**

Das Tempo des Klimawandels und damit einhergehende Extremereignisse wie Stürme und Überschwemmungen werden auch von den Menschen durch den Verbrauch von fossilen Energieträgern, wie Erdöl, Erdgas und Kohle, beeinflusst.

Das seit 1997 beschlossene Klimaschutzkonzept der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern verfolgt nunmehr als Aktionsplan Klimaschutz durch Energieeinsparung, Verbesserung der Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energien anstelle von fossilen Energieträgern den Schutz des Klimas. Zusätzlich zu den Maßnahmen auf Bundesebene unterstützt das Umweltministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern Projekte für den Klimaschutz mit jährlich bis zu 4,5 Millionen EUR.

Die Förderung dieser Klimaschutzprojekte erfolgt auf Grundlage der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes. Auch im Jahr 2005 sind unter Mitwirkung des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur Schwerin Klimaschutzprojekte der Städte und Gemeinden, gemeinnütziger Vereine und von Kirchengemeinden initiiert und erfolgreich umgesetzt worden.

Das technische Spektrum ist sehr breit. Neben dem gewollten Demonstrationscharakter konnten die Projekte auch auf Grund der ausgereichten Zuwendungen mit wirtschaftlichen Anreizen verbunden werden, z.B. beim Einsatz erdgasbetriebener Busse und PKW der Hansestadt Wismar. Neue Erdgastankstellen wurden in Wismar, Grevesmühlen und Lübz gefördert.

In Wohnhäusern sind Wärmetauscheranlagen und Wärmepumpen mit Fördermitteln des Landes installiert worden. Photovoltaikanlagen an Wohnhäusern und Kirchen ergänzen die Vielfalt der Klimaschutzaktivitäten.

Steuerliche Erleichterungen und gesetzlich garantierte Vergütungssätze für die Einspeisung erneuerbarer Energien haben das öffentliche Interesse und die Nachfrage an solarer Technik erhöht. Neben der Beratung dient die Terminkontrolle und Verwendungsnachweisprüfung dem effizienten Einsatz staatlicher Zuwendungen.

Von überregionaler Bedeutung sind Projekte, welche nicht nur die Anwendung verfügbarer Techniken sondern auch den Transfer von Erfahrungen und die Vernetzung von Klimaschutzprojekten auf internationaler Ebene verfolgen.

Die Solarinitiative M-V e.V. hat ihren Sitz in der Gemeinde Wietow und ist seit dem Jahr 2001 aus Mitteln des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit mehr als 3 Millionen EUR gefördert worden.

Für die Sanierung der Gebäudehülle wurden Wärmedämmverbundsysteme auf Basis mineralischer Schaumplatten, Schaumglas, transparente Wärmedämmung, Cal-sitherm-Klimaplaten und ESA-Solarfassaden sowie ein Glaspuffervorbau eingesetzt.

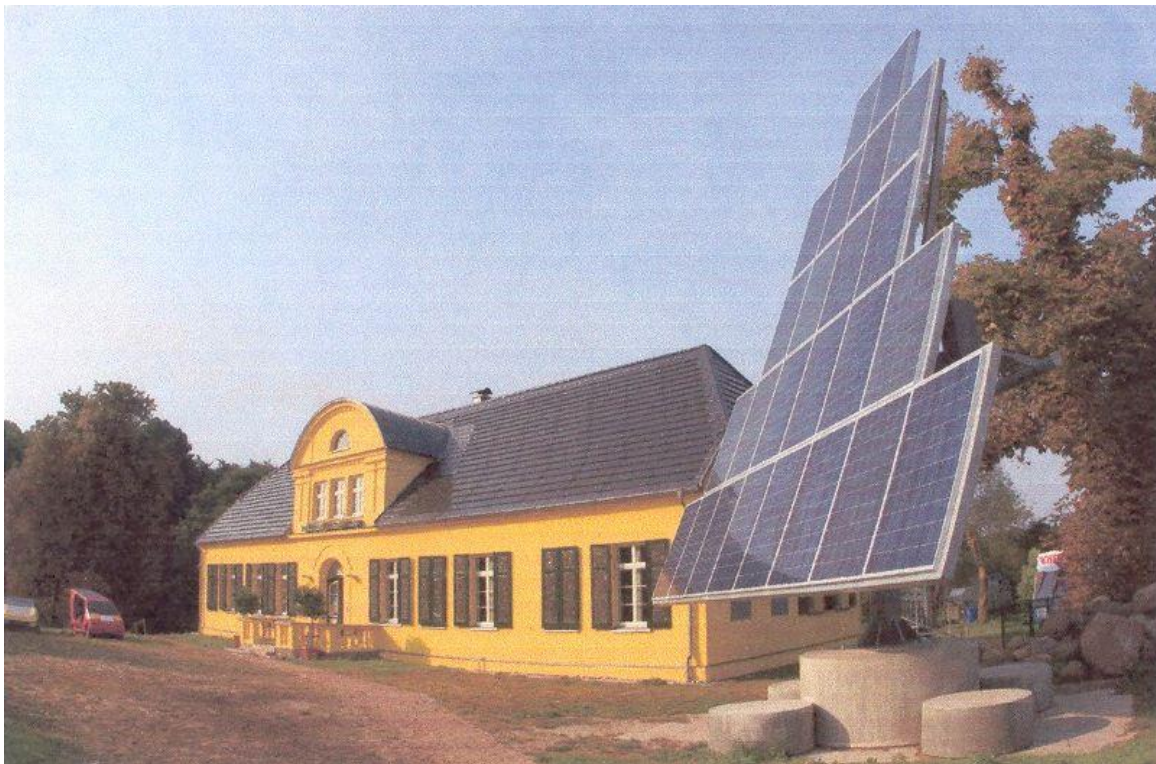
Bereits während der Baumaßnahme wurden neue Produkte entwickelt, wie denkmalschutzgerechte Kastenfenster mit Passivhausstandard und solare Fensterläden. Für Decken- und Dachdämmungen wurden Zellulose, Seegras und Schaumglas eingesetzt. Für die Trittschall- und Fensterrahmendämmung kommen Hanf und Flachs zur Anwendung.

Natürliche Farben, Lehmziegel sowie Kalk- und Lehmputz ergänzen das Projekt. Die Heizenergie wird über einen Holzvergaser auf Pelletbasis bereitgestellt, die Heizung ist als Niedrigtemperaturheizung ausgeführt (Fußboden, Wandstrahlung, Radiator). Für die Brauchwassererwärmung und Heizungsunterstützung sorgen 58 m<sup>2</sup> Solarkollektoren sowie 10 m<sup>3</sup> Pufferspeicher.



Die Anlage besitzt einen geschlossenen Abwasserkreislauf mit Mikrofiltrationsanlage. Insgesamt konnte der jährliche Primärenergieverbrauch von 505 auf 30 kWh/m<sup>2</sup> gesenkt werden. Ein realisiertes Messkonzept mit über 700 Messstellen, die alle 2,5 Sekunden abgefragt werden, wird alle energierelevanten Modellrechnungen praktisch untermauern. Das Solarzentrum verfügt über modern eingerichtete Büros, Seminar- und Konferenzbereiche, Ausstellungs- und Demonstrationsräume, PC- und Experimentierarbeitsplätze, allergiker- und behindertengerechte Übernachtungsmöglichkeiten.

Herausragend ist das Design-Konzept und die Integration von regionaler Kunst. Der zweite Teil des geplanten Neubaus als Zentrum für nachhaltige Regionalentwicklung besteht aus einer solaroptimierten Ausbildungshalle (190 m<sup>2</sup> Nutzfläche), einem energieautarken Neubau als Labor- und Forschungskomplex (2-etagig, 400 m<sup>2</sup> EG und 200 m<sup>2</sup> 1.OG Nutzfläche) sowie dem Freigelände als Experimentierfeld (9.332 m<sup>2</sup>, davon 4.000 m<sup>2</sup> Teichanlagen), u.a. für die Errichtung eines Solar-Power-Village.



#### 4.3 Ausblick auf das Jahr 2006

Die Genehmigung von Anlagen nach BImSchG stellt auch im Jahr 2006 einen Schwerpunkt der Tätigkeit dar. Dabei zeichnet sich bereits heute eine Konzentration bei der Beantragung von Biogasanlagen ab. Dieser Trend dürfte sich im kommenden Jahr weiter fortsetzen.

Die Kontrolltätigkeit wird sich im Jahr 2006 vorrangig auf die Deponie Ihlenberg sowie auf die im Rahmen der Regelüberwachung vorgesehenen Anlagen nach BImSchG erstrecken. Daneben werden Kontrollen im Rahmen von Schlussabnahmen bzw. aus besonderen Anlässen durchgeführt.

Die Kontrolle der Deponie Ihlenberg beinhaltet die Einhaltung aller abfallrechtlichen Vorschriften, die den ordnungsgemäßen Betrieb der Deponie und des Zwischenlagers sowie der damit zusammenhängenden Nebenanlagen betreffen. Besonderer Wert wird dabei auf die weitere Verminderung der Geruchsemissionen gelegt.

Die Bearbeitung und Kontrolle der mit dem Inkrafttreten des Artikelgesetzes nach BImSchG genehmigungsbedürftigen Altanlagen wird im Jahr 2006 ebenfalls weitergeführt. Altanlagen sollen spätestens am 30. Oktober 2007 saniert sein. Aufgrund der Vielzahl der zu bearbeitenden Altanlagen und der weiteren Personalreduzierung ist diese Aufgabe jedoch nicht ohne Einschränkungen zu bewältigen.

Dies trifft auch auf die Bearbeitung der stillgelegten und zu rekultivierenden Deponien sowie die Genehmigung und Kontrolle von Tiergehegen zu.

Insgesamt ist durch die in den vergangenen Jahren erfolgte Übertragung von zusätzlichen Aufgaben bei sinkendem Personalbestand sowie die ständige Erhöhung des Anlagenbestandes eine qualitativ hochwertige Aufgabenbearbeitung nicht mehr im vollen Umfang gesichert.

Organisationsplan  
Staatliches Amt für  
Umwelt und Natur  
PF 160144  
19091 Schwerin

